



DStGB
Deutscher Städte-
und Gemeindebund

01/2019

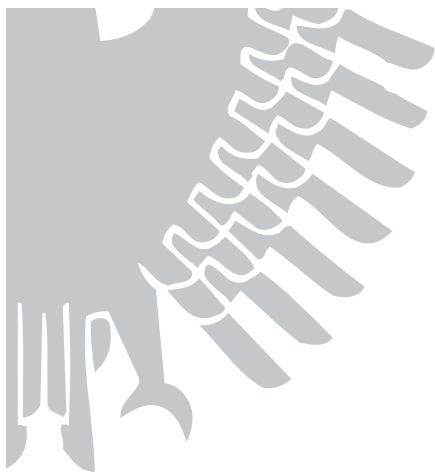
STADT UND GEMEINDE

DIGITAL



INFRASTRUKTUR modernisieren
DIGITALISIERUNG vorantreiben
SPALTUNG der Gesellschaft **ÜBERWINDEN**
EUROPA stärken





DStGB

Deutscher Städte-
und Gemeindebund

KOMMUNEN AKTIV FÜR DEN KLIMASCHUTZ

12. KLIMASCHUTZKONFERENZ DES DStGB

26. Februar 2019 | Forschungszentrum caesar, Bonn



ANMELDUNG & INFOS



SOZIALSTAAT REFORMIEREN

In Deutschland hat sich eine Form der Vollkaskomentalität ausgebildet, wonach der Staat alles und überall leisten kann und für jedes individuelle Problem eine Lösung bereithalten muss. Das kann auf Dauer nicht funktionieren. Der Staat kann letztlich nur das verteilen, was er vorher den Bürgern über Steuern und Abgaben entzogen hat.

Ohne eine Reform des Sozialstaates mit dem Ziel, die Sozialgesetze zu vereinfachen, Bürokratie abzubauen und den wirklich Bedürftigen besser zu helfen, wird der Sozialstaat langfristig nicht funktionieren und nicht finanzierbar sein. Ein erster Reformansatz sollten die familienpolitischen Leistungen sein. Dieser Leistungskatalog muss durchforstet, entbürokratisiert und zielgenauer auf die wirklich Bedürftigen konzentriert werden. Statt neue Leistungen oder weitere Rechtsansprüche zu versprechen, sollte es einen klaren Vorrang für Investitionen in familiengerechte Ausstattungen (flächendeckende

Ganztagsschulen, Kitaplätze und Digitalisierung der Bildungseinrichtungen) geben, anstatt immer über weitere Transferleistungen zu diskutieren.

Ein wichtiges Instrument zum Bürokratieabbau könnte eine generelle Grundsicherung für alle Kinder inklusive des Kindergeldes sein. Gleichzeitig müssten gewisse Steuervorteile dann natürlich gestrichen werden. Komplizierte Antragsverfahren zum Beispiel für das Bildungs- und Teilhabepaket würden dann entfallen können. Die damit eingesparten Bürokratiekosten könnten zusätzlich in die Bildung der Kinder investiert werden. Auch in der Sozialpolitik gilt der Grundsatz: Die Reformen von heute sind der Erfolg von morgen. ■

Ihr

Dr. Gerd Landsberg



BILANZ 2018 & AUSBLICK 2019 DER DEUTSCHEN STÄDTE & GEMEINDEN	Seite 05
EUROPA NEU AUFSTELLEN	Seite 09
KUNDENBINDUNG & ONLINE-WERBEPLATTFORM von Michael Hamdorf	Seite 12
GESELLSCHAFTLICHE TEILHABE	Seite 14
SCHNELL-LADEINFRASTRUKTUR von Hans K. von Wilmowsky	Seite 17
FLÜCHTLINGSCAMPS	Seite 20
1000 SCHULEN	Seite 23
DAS SCHWEIGEN DER EHRENAMTLICHEN Interview mit Michael Heuer	Seite 26
MEHR SACHLICHKEIT Statement von Dr. Gerd Landsberg	Seite 28
KURZMELDUNGEN/MELDUNGEN	Seiten 11 19
BRÜSSALER GERÜCHTE – FOLGE 34	Seite 30
BUCHBESPRECHUNGEN	Seite 32
TERMINVORSCHAU	Seite 36
IMPRESSUM & INHALT	Seite 04

Weitere
aktuelle Infos
jederzeit unter
www.dstgb.de

IMPRESSUM

ZEITSCHRIFT DES DEUTSCHEN STÄDTE- UND GEMEINDEBUNDES, BERLIN | BONN | BRÜSSEL

Redaktionsanschrift:
Stadt und Gemeinde Digital
Marienstraße 6, 12207 Berlin
Telefon: 030/773 07-228
Fax: 030/773 07-222
Email: janina.salden@dstgb.de
Internetpräsenz: www.dstgb.de

Herausgeber: DStGB
Dienstleistungs-GmbH
Verantwortlich für den Inhalt:
Dr. Gerd Landsberg
Uwe Zimmermann

Anzeigenredaktion:
kristin.schwarzbach@dstgb.de
alexander.handschuh@dstgb.de

Redaktionsteam:
Alexander Handschuh
Janina Salden
Kristin Schwarzbach
Birgit Pointinger

Grafik & Satz: DStGB
Dienstleistungs-GmbH

Titelbild: Fotos v. links oben im Uhrzeigersinn: © Friedberg - Fotolia.com | contrastwerkstatt - Fotolia.com | Sergey Nivens - Fotolia.com | artjazz-Fotolia.com
Diese Seite v. l.: © artjazz - Fotolia.com | Janina Salden | ReBos

BILANZ 2018 & AUSBLICK 2019

DER DEUTSCHEN STÄDTE & GEMEINDEN



Die vollständige Bilanz ist abrufbar unter WWW.DStGB.DE



Bundespressekonferenz, 03.01.2019:
Eröffnung des kommunalen Pressejahres mit der Bilanzpressekonferenz des Deutschen Städte- und Gemeindebundes

Zum Jahreswechsel 2018/2019 sind aus Sicht der Städte und Gemeinden in Deutschland trotz der momentan noch positiven Ausgangslage Reformen und Veränderungen dringend notwendig. Während noch allenthalben über positive Konjunktur- und Finanzdaten gesprochen wird, ziehen am Horizont bereits dunkle Wolken auf. Für die Kommunen bedeutet es ein besonderes Risiko, dass die im vergangenen Jahr durch das BVerfG aufgegebene Reform der Grundsteuer scheitern könnte – bei einem Finanzvolumen von rund 14 Milliarden Euro ein immens wichtiger Posten. Doch auch in vielen anderen Bereichen ist es notwendig, ausge-

tretene Pfade zu verlassen und die vor uns liegenden Herausforderungen entschlossen anzugehen. Dabei kommt es jetzt darauf an, Probleme nicht nur zu beschreiben, sondern auch zu lösen. Wie so häufig gilt auch für das Jahr 2019 der Grundsatz: „Nicht das Erzählte reicht, sondern das Erreichte zählt“.

Auf den ersten Blick scheint sich zum Ende des Jahres 2018 die Situation für die Städte und Gemeinden in Deutschland positiv darzustellen. Im Jahr 2017 konnten die Kommunen einen Finanzierungsüberschuss von fast 10 Milliarden Euro verbuchen. Für das Jahr 2018 ist ebenfalls ein positiver Finanzierungssaldo

von rund 7,5 Milliarden Euro zu erwarten. Der Bund hat seine Unterstützung für die Kommunen, etwa bei der Entlastung von den flüchtlingsbedingten Mehrkosten, fortgesetzt und in anderen Bereichen sogar ausgeweitet. Die Arbeitslosenzahl ist so gering wie seit Jahrzehnten nicht und die Steuerreinnahmen sprudeln, wenn auch mit absehbarer Abschwächung, weiter.

Doch der auf den ersten Blick so positive Schein trügt. Deutschland braucht dringend einen Modernisierungsschub. Hier sind vor allem Investitionen in die Infrastruktur und eine schnellere und umfassendere Digitalisierung der verschiede-

nen Sektoren notwendig, wenn wir im internationalen Vergleich nicht abgehängt werden wollen. Deutschland lebt derzeit von der Substanz, auch und vor allem in den Kommunen.

Während die Kommunen im Bundesdurchschnitt rein statistisch Finanzierungsüberschüsse verzeichnen, steigt gleichzeitig der ermittelte Investitionsrückstand im Rekordtempo. Im Jahr 2018 erreichte er mit insgesamt rund 159 Milliarden Euro einen traurigen Rekordstand. Mit fatalen Folgen: Brücken und Straßen bröckeln, Schwimmbäder und Sportstätten sind marode und die Schulen gleichen eher analogen Baracken als digitalen Kathedralen der Bildung. Notwendig ist eine Modernisierungsoffensive im Bereich der öffentlichen Infrastruktur, um den Substanzverzehr aufzuhalten und den Standort Deutschland zu sichern. Das ist auch für die zukünftige Sicherung unseres Wohlstandes unverzichtbar.

Dabei fehlt es nicht nur am Geld, auch wenn viele Städte und Gemeinden ihre Haushalte immer

noch durch Verzicht auf notwendige Investitionen konsolidieren müssen. Mindestens ebenso entscheidend ist ein Paradigmenwechsel mit Blick auf die überbordenden

im Bereich der Infrastruktur aufzuhalten und umzukehren.

Mit Blick in die Zukunft bereitet die sich immer deutlicher abzeichnen-

„ Deutschland braucht dringend einen Modernisierungsschub.“

DStGB-Präsident 1. Bürgermeister Dr. Uwe Brandl



den Standards und bürokratischen Anforderungen. Deutschland muss schneller, besser und unbürokratischer werden. Investitionen in die kommunale Infrastruktur werden durch überbordende Standards und Regelungen verteuert, verlangsamt und mitunter sogar ganz verhindert. Gesetzgeberische Vorgaben, Vergabebestimmungen oder das Beihilferecht werden zum Flaschenhals der öffentlichen Investitionsfähigkeiten. Hier muss Deutschland ansetzen, um mehr Investitionen zu ermöglichen und den Werteverzehr

de Spaltung der Gesellschaft Sorgen. Trotz der bereits skizzierten guten konjunkturellen und finanziellen Lage fühlen sich die Menschen in einigen Regionen Deutschlands teilweise abgehängt. Unzureichende ÖPNV-Angebote, Lücken in der medizinischen Versorgung, große Entfernungen zum Arbeitsort und ein geringes Angebot an Bildungs- und Freizeiteinrichtungen verstärken diese Wahrnehmungen. Die teilweise einseitige Fokussierung der Politik auf die Metropolen und Ballungsräume verstellt den Blick auf die Interessen eines großen Teils der Bevölkerung. Nur vergleichsweise wenige Menschen möchten in einer Großstadt leben, der überwiegende Teil bevorzugt das Leben in einer Kleinstadt oder auf dem Dorf.

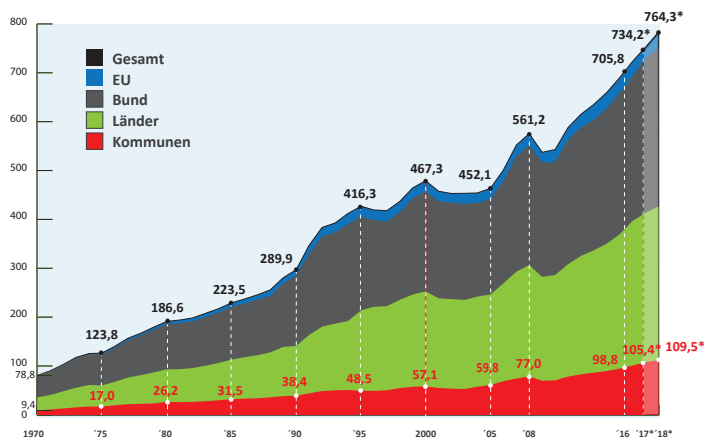
Um diesen Interessen gerecht zu werden, ist es unabdingbar, gleichwertige Lebensverhältnisse in Deutschland herzustellen. Vor diesem Hintergrund hat die Bundesregierung Mitte des Jahres 2018 eine Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“, bestehend aus Bundesregierung, Bundesländern und kommunalen Spitzenverbänden, eingesetzt. Die Ausgangslage ist klar: Während viele Ballungs-

ENTWICKLUNG DER STEUEREINNAHMEN NACH EBENEN 1970–2018

Angaben in Mrd.



DStGB
Deutscher Städte- und Gemeindebund



* AK-Steuerschätzung November 2017

Quelle: BMF; Grafik: DStGB 2017

räume in Deutschland prosperieren existieren gleichzeitig ländliche Regionen, die mit großen Strukturproblemen zu kämpfen haben. Die Konzepte, um diese Situation zu verbessern, liegen größtenteils bereits auf dem Tisch: Flächendeckende medizinische Versorgung, gute Bildungsangebote, eine Stärkung der regionalen Arbeitsmärkte, besserer ÖPNV und eine flächendeckende, leistungsstarke Breitbandversorgung – dies sind die Bausteine einer zukunftsorientierten Politik für ganz Deutschland.

Gerade für die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse und die Stärkung der strukturschwachen Regionen gewinnt die Digitalisierung immer mehr an Bedeutung. Auch hier besteht in Deutschland gewaltiger Nachholbedarf. Für Städte und Gemeinden stellt sich mit der Umsetzung der Vorgaben des Onlinezugangsgesetzes bis zum Jahr 2022 eine große Herausforderung. Insgesamt 575 Verwaltungsleistungen sollen in den kommenden Jahren digitalisiert und online verfügbar gemacht werden. Gleichzeitig müssen auch die internen Verwaltungsabläufe modernisiert und digitalisiert werden, um mehr Service für Bürger und Unternehmen zu bieten sowie Effizienzpotenziale zu heben. Digitalisierung in Kommunen bedeutet allerdings mehr als E-Go-

vernment und digitale Verwaltung. Digitale Lösungen können dazu beitragen, hochwertige Bildungsangebote ortsunabhängig verfügbar zu machen und die teilweise bestehenden Engpässe in der medizinischen Versorgung zu verringern. Die Digitalisierung des Verkehrssektors kann die Parkplatzsuche vereinfachen, die Verkehrsströme besser lenken und Verfügbarkeit und Service von ÖPNV-Angeboten steigern. Zudem können dezentrale Wirtschafts- und Wertschöpfungsstrukturen und Telearbeitsplätze den Zu-

Um die Digitalisierung voranzubringen braucht es einen Prozess des Umdenkens in der Politik. Es reicht nicht, analoge Verfahren digital abzubilden. Prozesse, Strukturen und Wertschöpfungsketten müssen in der digitalen Welt neu gedacht und neu konzipiert werden. Dazu brauchen vor allem die Kommunen Unterstützung bei der Entwicklung von Strategien und der Gewinnung von Kompetenzen. Dies wird eine der entscheidenden Aufgaben für die Politik in den kommenden Jahren sein.

„Digitale Lösungen können einen wichtigen Beitrag zur Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse leisten.“

DStGB-Hauptgeschäftsführer Dr. Gerd Landsberg



zugsdruck auf die Ballungsräume verringern und die Attraktivität der ländlichen Regionen steigern. Auf diese Weise können digitale Lösungen auch einen Beitrag zur Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse leisten.

Mit Blick auf die politische Kultur in Deutschland wird es in den kommenden Jahren notwendig sein, zu Realismus und Sachpolitik zurückzukehren. Dies betrifft weniger die Kommunen als die Bundespolitik und die Diskussionen in den Medien und den sozialen Netzwerken. Wir erleben in der jüngsten Zeit trotz insgesamt positiver Rahmenbedingungen eine Abkehr von der Sachpolitik und eine Hinwendung zu einer regelrechten „Empörpolitik“. Dies schlägt sich auch auf die Wahrnehmung und das Handeln vieler Menschen nieder. Beleidigungen, Beschimpfungen und Bedrohungen in den sozialen Netzwerken – auch gegen Kommunalpolitiker



– nehmen zu und können in Einzelfällen in körperlichen Übergriffen eskalieren. Notwendig ist eine Rückkehr zu mehr Sachlichkeit und zu mehr Realismus.

Deutschland zählt nach wie vor zu den wohlhabendsten und sichersten Ländern weltweit. Dies muss den Menschen stärker als bisher vermittelt werden, um das subjektive Sicherheitsempfinden zu verbessern. Zu mehr Realismus in der Politik gehört aber auch, nicht immer neue

staatliche Leistungen zu versprechen und eine „Vollkasko-Mentalität“ in der Bevölkerung zu generieren. Jeder Euro, der vom Staat ausgegeben wird, muss erst einmal über Steuereinnahmen erwirtschaftet werden. Können durch die Politik gemachte Versprechen nicht gehalten werden, wird dies Frust und Politikverdrossenheit auslösen – mit den bereits beschriebenen Folgen für das gesellschaftliche Klima und die politische Kultur. ■

STIMMEN AUS DER BILANZPRESSEKONFERENZ VON DR. BRANDL & DR. LANDSBERG

*„Wir müssen **schneller, besser und unbürokratischer** werden. Investitionen in die kommunale Infrastruktur werden durch überbordende Standards und Regelungen verteuert, verlangsamt und mitunter ganz verhindert. **Gesetzgeberische Vorgaben, Vergabebestimmungen, Beihilferecht und Standards werden zum Flaschenhals der öffentlichen Investitionsfähigkeit.**“*

*„Obwohl die Steuerquellen sprudeln und vieles unternommen wird, **fühlen sich die Menschen in Deutschland in manchen Gegenden abgehängt.** Wo der Bus nur einmal am Tag fährt, die Ärzte sich zurückziehen, die Schulen in schlechtem Zustand und die Arbeitsplätze sehr weit entfernt sind, ist dies nachvollziehbar. Wer hier gegensteuern will, muss die einseitige **Konzentration auf die Metropolen beenden und Ausgewogenheit schaffen.**“*



*„Die **Marke ‚Made in Germany‘** ist in Gefahr. Das wird mehr als deutlich, wenn der Bau eines Flughafens sich jahrzehntelang verzögert, die Brücken und Straßen bröckeln, die **Schulen eher analogen Baracken als digitalen Kathedralen der Bildung** ähneln.“*



EUROPA NEU AUFSTELLEN

GEGEN DIE POPULISTEN – FÜR EINE ZUKUNFT IN FRIEDEN UND WOHLSTAND



Fotos, v. l. oben im UZS: © pixsessel - Fotolia.com | artjazz - Fotolia.com | Christian Schwier - Fotolia.com

Der Deutsche Städte- und Gemeindebund fordert mit Blick auf die kommende Europawahl ein klares Bekenntnis zu Europa. Notwendig ist es, die Errungenschaften der europäischen Einigung deutlich zu machen. Dazu müssen auch die Städte und Gemeinden einen Beitrag leisten. „Das Jahr 2019 mit der Europawahl wird zum Schicksalsjahr für die EU und unsere Zukunft. Wir müssen Europa neu aufstellen und den Populisten eine klare Absage erteilen“, erklärten der Präsident des kommunalen Spitzenverbandes, Erster

Bürgermeister Dr. Uwe Brandl und der Hauptgeschäftsführer Dr. Gerd Landsberg, am 03.01.2019 in Berlin. Gleichzeitig erwarten die Kommunen von der EU mehr Reformbereitschaft und eine klare Einhaltung des Subsidiaritätsgrundsatzes.

„Gerade die Städte und Gemeinden haben den europäischen Gedanken stets gefördert und können jetzt einen wichtigen Beitrag leisten, dass das Erreichte nicht mutwillig zerstört und damit unser Wohlstand und die Zukunft gefährdet werden“, appellierten Brandl und Lands-

berg. Die Kommunen, aber auch die Staaten, müssten viel deutlicher als bisher herausstellen, welche überragende Rolle die europäische Gemeinschaft für die Sicherung des Friedens unter den europäischen Völkern leistet und geleistet hat. „Die vielen kriegerischen Auseinandersetzungen weltweit zeigen, dass dies gerade keine Selbstverständlichkeit sondern ein unschätzbarer Wert ist.“

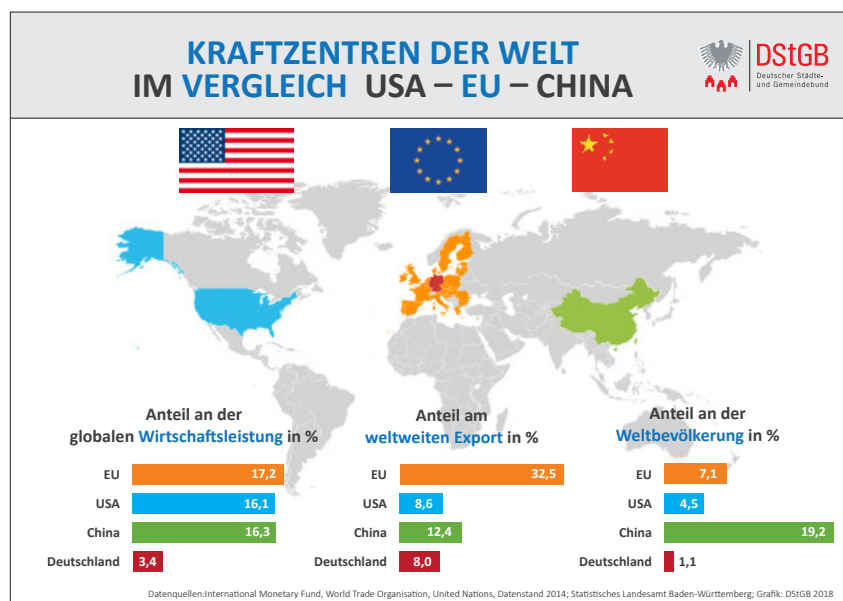
Brandl und Landsberg forderten, dass auch das „Europa-Bashing“ aufhören müsse. Die Nationalstaa-

ten neigten dazu, eigene Defizite der EU anzulasten, um von hausgemachten Fehlern abzulenken. „Dazu gehört auch das Märchen vom ‚Bürokratie-Monster‘ in Brüssel. Die EU mit 508 Millionen Einwohnern hat eine Verwaltung, die kleiner ist als der Apparat von zwei deutschen Großstädten“, betonten Brandl und Landsberg.

Nur im Rahmen der EU besteht eine Chance, als gemeinsamer Wirtschafts- und Werteraum im Verhältnis zu den Machtblöcken in Asien und den USA, zu bestehen. „Wenn die EU zerbricht, werden die europäischen Nationalstaaten in der Bedeutungslosigkeit versinken. Die Menschen werden weniger Freiheiten und einen geringeren Wohlstand besitzen. Auf die zentralen Zukunftsthemen wie Klimaschutz, Digitalisierung, Globalisierung und Menschenrechte werden wir dann keinen nennenswerten Einfluss mehr haben. Diese Zusammenhänge müssen viel stärker als bisher herausgearbeitet werden“, forderten Brandl und Landsberg.

Auch beim Thema Migration ist eine einzelne nationale Lösung aus Sicht des DStGB zum Scheitern verurteilt. „Wir brauchen ein gemeinsames europäisches Asylrecht und einen wirksamen Schutz der europäischen Außengrenzen. Das muss schneller und beherzter angegangen werden“, so Brandl und Landsberg.

Gleichzeitig müsse die EU mehr Reformwillen zeigen. Dazu gehöre



auch die konsequentere Umsetzung des Subsidiaritätsprinzips. „Was vor Ort geregelt werden kann, sollte auch dort entschieden werden. Hier muss der Grundsatz ‚Global denken, lokal handeln.‘ klar zur Geltung kommen.“

Die Kommunen erwarten, dass die EU das riesige Potenzial der Städte und Gemeinden in Europa für den europäischen Integrationsprozess besser nutzt. Notwendig ist eine deutliche Stärkung der Städtepartnerschaften, aber auch ein größeres Gewicht der Kommunen, etwa im Ausschuss der Regionen. „Für Europa ist es fünf vor zwölf. Deshalb müssen wir jetzt die Kräfte bündeln und bei den Menschen für das gemeinsame Projekt eintreten“, so Brandl und Landsberg abschließend. ■

Die
Pressemitteilungen
sind abrufbar unter
[WWW.
DStGB.DE](http://WWW.DStGB.DE)



ZWEITES SPITZENTREFFEN

AKTIONSBÜNDNIS "LEBEN AUF DEM LAND"

Beim zweiten Spitzentreffen des Bündnisses "Leben auf dem Land" ist die Bundesministerin für Ernährung und Landwirtschaft, Julia Klöckner, am heutigen Dienstag, 18.12.2018, mit Vertretern des Deutschen Landkreistages (DLT), des Deutschen Städte- und Gemeindebundes (DStGB), des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks (ZDH) sowie des Deutschen Industrie- und Handelskammertags (DIHK) zusammengekommen.

Der DStGB war durch seinen Präsidenten Dr. Uwe Brandl und durch Hauptgeschäftsführer Dr. Gerd Landsberg vertreten. Die Teilnehmer waren sich einig, dass in einem Aktionsbündnis die Digitalisierung, die wirtschaftliche Entwicklung und die Lebensperspektiven auch gerade für junge Leute in den ländlichen Räumen vorangetrieben werden müssen.

Die Mehrheit der Deutschen lebt nicht in den großen Städten und erwartet von der Politik, dass Sie das stärker berücksichtigt. Auch die ganz große Mehrheit der mittelständischen Wirtschaft als Rückgrat der erfolgreichen deutschen Wirtschaft hat ihre Standorte in der Fläche. Deshalb müssen diese Räume stärker weiterentwickelt werden. In der Pressemitteilung des BMEL, die anlässlich des Treffens herausgegeben wurde, heißt es dazu:



Teilnehmer des Spitzentreffens des Bündnisses "Leben auf dem Land" (v.l.n.r.): Heiko Schwiderowski, (DIHK), Peter Esser (Vizepräsident DIHK), Dr. Gerd Landsberg (Hauptgeschäftsführer DStGB), Bundesministerin Julia Klöckner (BMEL), Dr. Uwe Brandl (Präsident DStGB), Holger Schwannecke, (Generalsekretär ZDH), Prof. Dr. Hans-Günter Henneke (Hauptgeschäftsführer DLT)

„Jeder der vier Partner hat langjährige Erfahrungen und Strukturen, die die Bürger erreichen, dort, wo sie zu Hause sind. Diese Erfahrungen und Strukturen bringen alle Beteiligten in dem Aktionsbündnis "Leben auf dem Land" zusammen ein. Ziel ist es sicherzustellen, dass nötige Strukturen – Nahversorgung, Verwaltung oder Breitbandanbindung – dort auch zukünftig Bestand haben bzw. geschaffen werden, damit Bürgerinnen und Bürger sich weiter dafür entscheiden, ihren Lebensmittelpunkt in den ländlichen Räumen zu haben.“



Weitere
Informationen
unter
[WWW.
DStGB.DE](http://WWW.DStGB.DE)

Quelle © BMEL/Ute Grabowsky/photothek.net

KUNDENBINDUNG & ONLINE-WERBEPLATTFORM ALS REGIONALES GESAMTKONZEPT

Von Michael Hamdorf



Lokale Kundenbindung per Bonuskarte
(© ReBos)



Start der NetteCard in Nettetal am Niederrhein 2017
Foto: ReBos

Wie kann man heutzutage den lokalen Einzelhandel nachhaltig unterstützen? Welche Werkzeuge müsste man den Gewerbetreibenden in die Hand geben, damit diese auf einfache Art und Weise ebenso wie die großen Online-Händler an den Vorteilen der Digitalisierung partizipieren? Diese Fragen stellte sich der Babenhausener Unternehmer und Softwareentwickler Jörg Wolfgram vor wenigen Jahren und gab selbst die Antwort mit einer modernen Lösung, die inzwischen mehrfach erfolgreich im Einsatz ist: „Auch im ländlichen Raum ist eine solide Infrastruktur

wichtig. Für mich zählt dazu auch ein belebter Ortskern. Wie kann man den Verlockungen, die das Internet bietet und dem Kauf vor Ort entgegenstehen, etwas entgegensetzen? Eine digitale Präsenz gehört heute dazu, aber eine, die auch wahrgenommen wird. Eine Homepage oder Facebook-Seite eines einzelnen kleinen Ladens vor Ort wird kaum die notwendige Frequenz erreichen, um eine wahrnehmbare Wirkung zu erzielen. Aber wenn man unter einer gemeinsamen digitalen Plattform alle Händler, Dienstleister, Gastronomen und Handwerker zusammenbringt, kann man die Aufmerksamkeit errei-

chen, die notwendig ist. Ein einzelner Fisch geht im Haifischbecken unter. Ein Schwarm aber wird gesehen und überlebt.“

Doch mit der digitalen Präsenz alleine ist es nicht getan. Als wirkungsvolles Instrument zur Kundenbindung gelten auch heute (oder gerade heute) die klassischen Bonuspunkte. Auf moderne Art interpretiert und digital in der Cloud verwaltet, ergänzen sich diese bei-

den Komponenten auf ideale Art und Weise: Auf der Online-Plattform werben die teilnehmenden Händler regelmäßig mit individuellen Aktionen, um zum Kauf vor Ort zu animieren. Beim Kauf erhalten Kunden Bonuspunkte, die sie wiederum digital verwalten und so an der Werbeplattform kaum vorbeikommen.

PILOTPROJEKT MIT SCHNELLEM ERFOLG

Auf Grundlage dieser Idee startete im Oktober 2014 ein Pilotprojekt in Babenhausen (Schwaben). Mit Erfolg: Bei 25 teilnehmenden Händlern konnten mehr als 1000 teilnehmende Kunden bis Ende des Jahres verzeichnet werden – das entspricht einer Akzeptanzrate von fast 20 Prozent gemessen an der Einwohnerzahl Babenhausens. Grund genug, mit der Gründung des Start-ups ReBoS („Regionales Bonus-System“) dieser Idee eine feste Basis zu geben.

Wichtig ist den Gründern das gemeinschaftliche Auftreten der teilnehmenden Partner und die lokale Begrenzung, denn der Fokus liegt auf der nachhaltigen Unterstützung des regionalen Wirtschaftskreislaufs. Deswegen setzt das Unternehmen auf ein lokales Betreiber-Modell, bei dem etwa ein Gewerbeverein das System unter eigenem Namen betreibt. Das bringt viele Vorteile mit sich, denn so wird es als lokales System angenommen und stärkt sowohl für Händler als auch Kunden den regionalen Bezug. Im Folgenden wurde das System ausgiebig in Babenhausen getestet und sukzessive um neue Komponenten erweitert. Heute gehören Geschenk-Gutscheine, ein Verlosungs-Manager, Geburtstags-Boni

für Kunden und viele weitere sinnvolle und werbewirksame Ergänzungen zur festen Basis.

ÜBER 4.000 NEWSLETTER-ABONNENTEN NACH WENIGEN MONATEN

Ende 2017 wurde mit der NetteCard in Nettetal die erste ReBoS-Installation außerhalb von Babenhausen zum Leben erweckt. Die ortsansässigen Stadtwerke treten als Hauptsponsor des Systems auf. Auch hier ließ der Erfolg nicht lange auf sich warten: Schon nach wenigen Monaten zählt der wöchentliche E-Mail Newsletter eine stolze Zahl von über 4.000 Abonnenten. Für die Händler rechnet sich die Teilnahme sehr schnell, denn der daraus erwachsende Werbe-Gegenwert entspricht einem Vielfachen dessen, was ein Händler für seine Teilnahme bezahlt.

Clemens Rütten, einer der beiden Geschäftsführer betont: „Durch das System ist die NetteCard nun noch attraktiver. Und dank der digitalen Angebote binden wir mehr Kaufkraft in unserer Stadt. Der Clou dieses Systems, und anfangs unterschätzt, ist die enorm schnell wachsende Reichweite des E-Mail Newsletters. Fast 70 Prozent aller NetteCard-Kunden haben auch den Newsletter abonniert, eine phänomenale Quote!“

DAS GELD BLEIBT IN DER REGION

Hendrik Hüniger, Geschäftsführer der ReBoS GmbH, betont die Wichtigkeit, den regionalen Wirtschaftskreislauf zu stärken: „Auch wenn wir den beflügelnden Spirit eines Start-ups atmen, sind wir in diesem Punkt sehr konservativ. Wir sehen eine



Punkte sammeln mit der Bonuskarte | Foto: ReBoS

absolute Notwendigkeit darin, den regionalen Wirtschaftskreislauf zu stärken. All unser Tun konzentriert sich auf dieses eine Ziel. Ein mächtiges Instrument, das wir zu diesem Zweck integriert haben, sind steuerfreie Sachzuwendungen. Über unser System können Arbeitgeber der Region ihren Mitarbeitern bis zu 528 Euro pro Jahr steuerfrei in Form von Bonuspunkten zukommen lassen. Je nach Region kommt auf diesem Weg schnell ein sechsstelliger Betrag zusammen, der als Umsatz dem lokalen Gewerbe zugutekommt. So funktioniert die Stärkung der Region nachhaltig.“

Für die Zukunft verspricht das ReBoS Team die Umsetzung vieler weiterer innovativer und zukunftsorientierter Ideen, so dass man gespannt sein darf, welche Orte sich demnächst für das ReBoS Prinzip entscheiden. ■

Der Autor:

Michael Hamdorf
Senior Account Manager
ReBos GmbH

„TÜRÖFFNER“-INITIATIVE FÜR MEHR GESELLSCHAFTLICHE TEILHABE EINE ANTWORT AUF DEN STEIGENDEN BEDARF IN DER SOZIALEN BETREUUNG



Foto: © André Wunstorff/Berliner Pflegekonferenz

Das Netzwerk von Ehrenamtlichen im Fachverband des DICV Osnabrück, CKD, ist der diesjährige Preisträger des Marie Simon Pflegepreises. Im Rahmen der 5. Berliner Pflegekonferenz wurde die Initiative „Die Türöffner“ für das besondere Engagement durch DStGB-Hauptgeschäftsführer Dr. Gerd Landsberg (li.), Yves Rawiel, Geschäftsführer spectrumK (z. v. r.), sowie Staatssekretär Andreas Westerfellhaus, Pflegebevollmächtigter der Bundesregierung (re.) ausgezeichnet.

Die Zahl der älteren, hilfs- und pflegebedürftigen Menschen in Deutschland wächst stetig. Die Gesellschaft muss sich den Herausforderungen stellen, die der demografische Wandel mit sich bringt. Es verlangt nach innovativen Ansätzen, um die Lebensqualität im hohen Alter durch gesellschaftliche Teilhabe mit sozialer Betreuung zu steigern.

AUS SIMPLER IDEE WIRD PFIFFIGES KONZEPT

Diese Problematik beschäftigt auch eine Gruppe Ehrenamtlicher der Kirchengemeinde St. Bartho-

lomäus in Wellingholzhausen bei Melle: Wie kann auf kirchlicher, kultureller und kommunaler Ebene eine sorgende Gemeinde entstehen? Im Alter nimmt die Mobilität ab, körperliche Gebrechen nehmen zu, das soziale Umfeld verändert sich, Partner und Freunde versterben. Die Hochaltrigen fühlen sich oft als Last für Pflegepersonal und Angehörige. Diese Gruppe leidet besonders unter der zunehmenden Vereinsamung, die meist hinter verschlossenen Türen stattfindet. Die Initiative „Die Türöffner – begegnen – begleiten – besuchen: Neue Wege zum Miteinander“ hat gemeinsam mit den CKD (Caritas-Konferen-

zen-Deutschlands), dem Netzwerk von Ehrenamtlichen in der Diözese Osnabrück, neue Wege beschritten.

AUS FREMDEN WIRD EIN TEAM

Das Projekt verfolgt zwei Ziele: Ehrenamtliche ermöglichen Senioren gesellschaftliche Teilhabe, während sie selbst eine erfüllende Tätigkeit ausüben. Hochaltrige Menschen leben oft mit eingeschränkten körperlichen und geistigen Ressourcen, sind teils pflegebedürftig, teils dementiell verändert. Die Initiative schafft auf beiden Seiten Zufriedenheit, da die Bedürfnisse aller be-



Arm in Arm auf Heimatkunde-Tour. Herbert & Johannes
Foto: © Christian Protte, Bielefeld

Weitere
Informationen zum
Preis sowie zur Berliner
Pflegekonferenz unter
[WWW.
BERLINER-PFLEGE
KONFERENZ.DE](http://WWW.BERLINER-PFLEGEKONFERENZ.DE)

MARIE SIMON PFLEGEPREIS 2018

Der Marie Simon Pflegepreis wird ausgelobt vom Deutschen Städte- und Gemeindebund gemeinsam mit spectrumK. Im Rahmen der Berliner Pflegekonferenz, an der auch Dr. Franziska Giffey, Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend teilnahm, wurden die Nominierten vorgestellt und der Preis an den Erstplatzierten verliehen.

DStGB-Hauptgeschäftsführer Dr. Gerd Landsberg, der den Preis im Rahmen der Pflegekonferenz übergab, hob hervor, wie wichtig es ist, von guten Beispielen zu lernen und das Thema „Pflege“ in die gesellschaftliche Mitte zu tragen: *„Die nominierten Projekte stehen für die vielfältigen Möglichkeiten, Betroffenen angemessene Unterstützung, Beistand und Pflege zukommen zu lassen. Und sie spornen uns dazu an, mehr zu tun. Das Thema Pflege hat zurecht in den letzten Jahren einen immer höheren Stellenwert bekommen und ist zur Chefsache geworden. Doch weitere Aufgaben liegen vor uns, um die Arbeitsbedingungen für Pflegekräfte zu verbessern und eine menschenwürdige Versorgung sicherzustellen. Die Nominierten und der Preisträger des Marie Simon Pflegepreises gehen mit gutem Beispiel voran“*, folgert Landsberg aus der Preisverleihung des Marie Simon Pflegepreises 2018. Die Schirmherr-

schaft übernahm in diesem Jahr der Pflegebevollmächtigte der Bundesregierung, Staatssekretär Andreas Westerfellhaus. In seiner Laudatio hob er die Bedeutung des Marie Simon Pflegepreises hervor und appellierte an die Preisträger und Nominierten: *„Wir brauchen innovative Ansätze und Ideen in der Pflege, um die immer größer werdende Zahl pflegebedürftiger Menschen sicher und vor allem würdig versorgen zu können. Der Marie Simon Pflegepreis verschafft guten Ideen eine Bühne, um ihre Bekanntheit zu steigern. Den Machern hinter den Projekten danke ich herzlich für ihr Engagement: Bitte bleiben Sie am Ball, wir brauchen Sie!“*

Die Jury des Marie Simon Pflegepreises würdigt mit der Auszeichnung den Einsatz und die Weitsicht des Projekts „Türöffner“, sich einem drängenden Problem, der Vereinsamung zu widmen. Die Idee ist so ein-

fach wie genial: Ehrenamtlich engagierte Menschen mit Interessen wie Musik oder mit einem Hintergrund wie der Landwirtschaft wenden sich an Hochaltrige, um ihnen den Zugang zu der örtlichen Heimatkapelle oder den Besuch durch die Landfrauen zu ermöglichen. Das Konzept nimmt die Gemeinsamkeiten von Ehrenamtlichen und den Senioren als Grundlage. Wer zusammenpasst, wird zusammengebracht. Den Ehrenamtlern kommt dabei die Rolle der Türöffner zu. Sie ermöglichen den alten Menschen die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben und die Verbindung zu gesellschaftlichen Gruppen, die ihre Interessen oder biografischen Hintergründe teilen.

Auf 2018 folgt 2019 – auch beim Marie Simon Pflegepreis. Der Bewerbungsschluss für die nächste Auszeichnungsrunde ist der 14. Juni 2019.



Foto: © Sandra Wildemann/ Berliner Pflegekonferenz

rücksichtigt werden.

EINE SORGENDE GEMEINDE ENTSTEHT

In Zusammenarbeit mit dem Caritas-Pflegedienst Melle, dem Caritas-Seniorenzentrum St. Konrad und den Angehörigen erstellt ein ehrenamtliches Organisationsteam „Profile“. Es geht nicht nur darum, wie alt



die Person ist oder wo sie wohnt und was sie noch kann. „Viel wichtiger ist uns, was an Hilfe und Begleitung gewünscht wird“, erklärt Monika Sewöster-Lumme, Geschäftsführerin der CKD und ehrenamtliches Mitglied im Organisationsteam. Hilfe kann so gezielt unter Berücksichtigung der spezifischen Bedürfnisse angeboten werden. Das Orga-Team sucht dann in den verschiedenen Gruppen und Verbänden der Gemeinde nach Freiwilligen, die gleiche Interessen oder Biografien haben. Die Ehrenamtlichen erkennen anhand der Profile genau, was auf sie zukommt. Dies vermeidet Überforderung und ermöglicht gezielte Partizipation: Ein Ehrenamt, das den eigenen Wünschen und Fähigkeiten entspricht.

GESELLSCHAFTLICHER ZUSAMMENHALT PAR EXCELLENCE

Durch die Initiative werden Teilhabe, Lebensqualität und Selbstbestimmung der Senioren gestärkt und Pflegepersonal sowie Angehörige entlastet. Verena Niermann, ehrenamtliches Mitglied im Orga-

nisationsteam und Leiterin des Caritas-Pflegedienstes, zieht eine positive Bilanz: „Für die Menschen, die besucht und begleitet werden, ist es eine wunderschöne Bereicherung, in ihrem manchmal einsamen Leben. Wenn wir nach den Personen suchen, die dieses „Türöffnen“ übernehmen, spüren wir, dass sie sich durch die Biografie, Hobbys und Wünsche der älteren Menschen ansprechen lassen.“ Das moderne Besuchskonzept zeigt, wie gesellschaftlicher Zusammenhalt dank innovativer Ideen und Engagement funktionieren kann. Es überzeugt durch Praxis-tauglichkeit: Die Initiative hat sich bereits seit 2015 bewährt. Die CKD fungiert auch als Netzwerker und verbreitet die Idee mit einem Starthilfe-Konzept weiter. Mittlerweile ist das Projekt nicht nur im Bistum Osnabrück bekannt, sondern auch auf kommunaler Ebene: es gibt erste Nachahmer-Projekte.

Für diesen Ansatz der gesellschaftlichen Gestaltung wurde dem CKD und den Türöffnern vor Ort der Marie Simon Pflegepreis auf der Berliner Pflegekonferenz im November 2018 verliehen. ■

Über die Projektwebsite können sich Interessierte informieren - bitte Abbildung anklicken!

Anzeige

Schön. Aber ein Stück Heimat fehlt.

Retten Sie Geschichte. Spenden Sie Zukunft.
www.denkmalschutz.de


DEUTSCHE STIFTUNG
DENKMALSCHUTZ
Wir bauen auf Kultur.

Was wären unsere Städte und Dörfer ohne historische Gebäude? Ohne Bauwerke, die Geschichten erzählen, die typischen Eigenheiten einer Region verkörpern oder Wahrzeichen eines Ortes sind? Historische Bauwerke machen unsere Städte und Dörfer einmalig und unverwechselbar. Deshalb setzt sich die Deutsche Stiftung Denkmalschutz für den Erhalt einzigartiger Denkmale ein. Mit Ihrer Hilfe.
www.denkmalschutz.de



Spendenkonto

Commerzbank AG
BIC: COBA DE 33 XXX
IBAN: DE71 500 400 500 400 500 400

SCHNELL-LADEINFRASTRUKTUR IM 21. JAHRHUNDERT IST MOBIL

Von Hans K. von Wilmowsky

Foto: © StockWERK - Fotolia.com



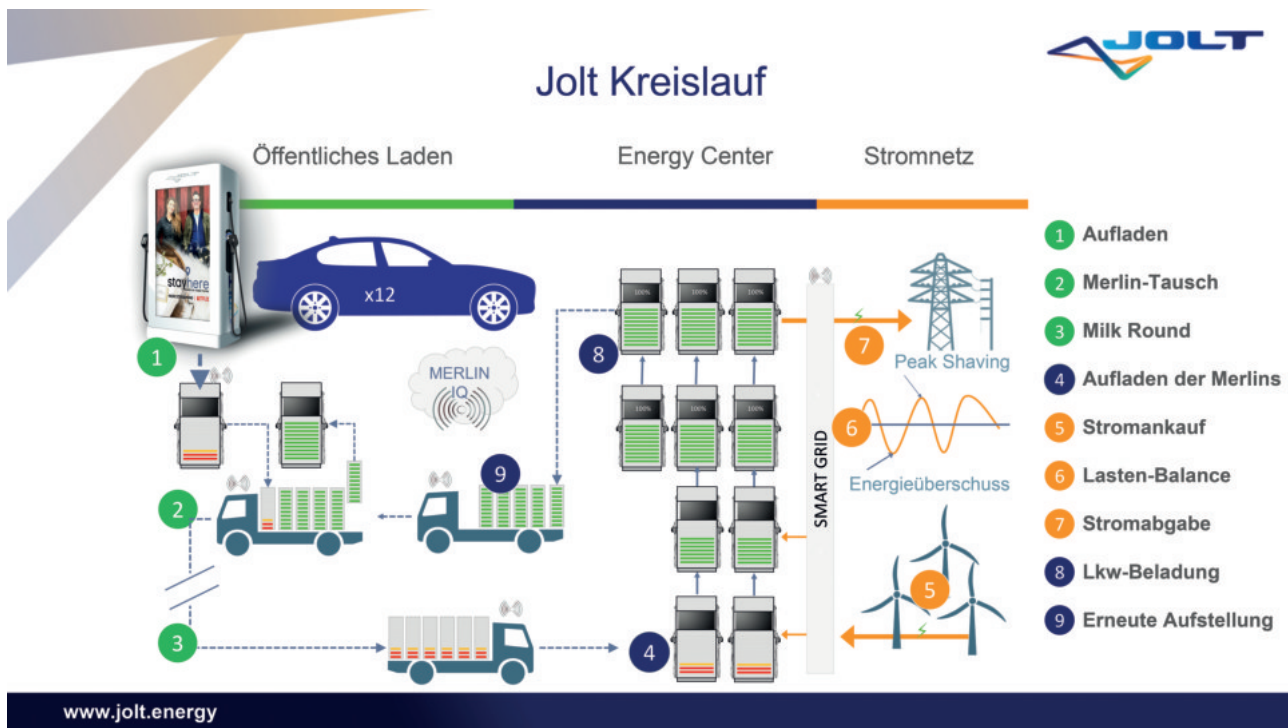
Man stelle sich vor: Bei unserem bevorzugten Supermarkt oder Schnellrestaurant fährt ein Lkw mit Ladesäulen vor. Mit dem Ladekran werden nacheinander zwei der Säulen gepackt und auf den Parkplatz gestellt. Kaum ist der Lkw verschwunden, stehen bereits die ersten E-Autos an den „Merlins“ und werden mit bis zu 170 kW betankt. Was klingt wie Science-Fiction könnte schon 2019 Wirklichkeit werden. Das Münchner Start-up JOLT Energy hat sich zum Ziel gesetzt, in einem ersten Pilotprojekt bis zu 120 solcher freistehender Schnell-Ladesäulen aufzustellen. Danach sollen weitere Leuchtturmprojekte in Städten in Deutschland

und USA folgen. Bis 2025 sind bis zu 50.000 Merlins in Europa und den USA geplant, je nach Entwicklung des Marktes.

„MILK ROUND“: DER KREISLAUF

Wie kann das gehen: Eine Ladesäule, die völlig ohne Verbindung zum Stromnetz an jedem x-beliebigen Platz aufgestellt werden kann? Möglich wird dies durch viele zusammengeschaltete Elektrobatterien, wie sie auch in E-Autos verwendet werden. Es ist das vom Handy bekannte Prinzip „Powerbank“ für das Auto: Ein Stromspeicher wird aufgeladen und kann dann – zeitversetzt – diese Energie an einen

angeschlossenen Verbraucher wieder abgeben. Fit gemacht wird der Merlin in einer sogenannten Ladestation („Energy Center“), die irgendwo abseits im Gewerbegebiet steht und Zugang zu einer 20 kVA-Leitung hat. Ein solcher Hub kann viele Merlins gleichzeitig in kurzer Zeit „aufpowern“. Dabei geht er intelligent vor und nimmt nur dann Strom aus dem Netz, wenn dies problemlos möglich ist. Sollte es zu „Peaks“ kommen, das heißt zu besonders hohen Stromverbräuchen, kann ein solcher Hub auch wieder Strom in das Netz zurückgeben („Primärregelleistung“). Dies könnte künftig insbesondere in den frühen Abendstunden vorkommen, wenn verstärkt E-Autos an die hei-



mischen Ladegeräte angeschlossen werden.

Mit dem Laden und Entladen der Merlins entsteht ein Kreislauf („milk round“) (siehe Grafik).

DER LADEVORGANG

Der mögliche Kunde meldet sich per App einmalig einer entsprechenden Plattform im Internet an und kann dann an jedem beliebigen Merlin Strom tanken. Sobald das Ladekabel mit dem E-Auto verbunden ist, wird der Benutzer durch das IT-System identifiziert („electronic handshake“). Das Kabel passt an alle gängigen E-Autos. Pro Merlin können zwei E-Autos gleichzeitig mit bis zu 170 kW Leistung betankt werden. Das Gerät erkennt selbsttätig, mit welcher Bandbreite der Strom übertragen werden kann. Ort, Zeit und aufgenommene Strommenge werden im Konto des Benutzers gespeichert, der Zahlungsbetrag wird automatisch eingezogen und eine Quittung an die E-Mail des Kunden versandt.

DER MARKT

Im Jahre 2025 wird jeder vierte neu zugelassene Pkw in der EU ein E-Auto sein. Viele der neuen Fahrer werden über keine eigene Lademöglichkeit verfügen, da sie zum Beispiel in Apartments wohnen oder die lokalen Stromnetze dies nicht unbegrenzt zulassen. Bereits heute muss etwa die Stadt Oslo den Erwerb von E-Autos einschränken, da die nötige Ladeinfrastruktur nicht vorhanden ist. Auch in Deutschland und anderen Industrieländern könnte dieser Fall eintreten.

DER ROLL-OUT

Nach umfangreichen Vorarbeiten soll der „Merlin One“ im ersten Quartal 2019 fertig sein. Hierbei wird mit namhaften internationalen Industriepartnern zusammengearbeitet. Das internationale Gründer-Team besteht aus zwölf Mitarbeitern, die alle über langjährige Industrieerfahrung in den Bereichen Automotive, Energietechnik

(„power engineering“) und IT verfügen. Das Projekt umfasst nicht nur die Entwicklung der eigentlichen Ladesäule, sondern vor allem auch eine ausgeklügelte IT und Logistik, also den Transport der Merlins zwischen dem Energy Center und ihrem Standort, der bei voller Auslastung einmal täglich erforderlich sein wird.

Auf die Erprobung des Merlin One sollen im Sommer 2019 Leuchtturmprojekte in ausgewählten Großstädten mit jeweils 120 Merlins folgen. Hierfür wird die Unterstützung und Koordination durch kommunale Stellen eine große Rolle spielen. Über die besten Stellplätze werden bereits fortgeschrittene Verhandlungen mit Restaurantketten, Einkaufszentren, Tankstellenbetreibern und Autovermietern geführt. „Wir stellen immer wieder fest, dass die potenziellen Standortpartner dies auch als gute Möglichkeit sehen, sich von der Konkurrenz abzuheben und Kunden anzulocken“, so der CEO Maurice Neligan. Je nach

Entwicklung der Zulassungszahlen von E-Autos kann der Roll-out in Europa und den USA schneller oder langsamer erfolgen. Denkbar ist auch, renommierten Industrieunternehmen die Produktion und den Betrieb von Merlins in Lizenz zu ermöglichen, etwa in China, das sich bereits heute zum Vorreiter der E-Mobilität entwickelt hat.

Sicherlich wird die Versorgung von E-Autos mit Strom den Hauptumsatz ausmachen. Daneben sollen aber auch die Energieversorger die Möglichkeit zum Rückkauf von Strom bekommen, da die Stabilisierung des Stromnetzes mit dem Wegfall herkömmlicher Stromerzeuger (Kohle- und Atomkraftwerke) und der Zunahme von E-Autos zunehmende Bedeutung gewinnt.

Ebenso kann man sich vorstellen, die riesigen Bildschirme der Merlins für Werbezwecke zu nutzen. Last but not least fallen in dem gesamten Prozess eine Menge Daten an, die für Kommunen, Energieversorger oder auch die Autoindustrie von Interesse sein können.

ZUSAMMENFASSUNG

Mit Merlin als mobiler Ladesäule lässt sich die erwartete Entwicklung der E-Mobilität in den kommenden Jahren bewältigen. Bis heute sind Schnell-Ladesäulen selbst in großen Städten in Deutschland Mangelware und der Ausbau der Infrastruktur mittels netzgebundener Geräte wegen der erforderlichen Planung und Erdarbeiten teuer und zeitaufwendig. Angetrieben

durch immer schärfere EU-Emissions-Grenzwerte und die Dieselskandal-Krise investieren Autobauer enorme Summen in die Entwicklung massentauglicher E-Autos. Diese werden in Kürze mit herkömmlichen Pkw gleichziehen, was Reichweite und Kaufpreis betrifft. In puncto Abgase, Fahrspaß und Wartungsfreundlichkeit sind sie jenen bereits heute weit überlegen. Zusammen mit der Aussicht auf das sogenannte autonome Fahren entsteht „vor unseren Augen“ eine komplett neue Welt der individuellen Mobilität, in der mobile Schnell-Ladesäulen ihre selbstverständliche Rolle spielen werden. ■

Der Autor: Hans K. v. Wilmowsky, General Counsel/ Director Public Affairs bei Jolt Energy

DR. ANDREAS HOLLSTEIN

ALTENAS BÜRGERMEISTER IN GENÈVE BEI DER UN

Auf Einladung des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen, Filippo Grandi, reiste Bürgermeister Dr. Hollstein nach Genf, um am High Commissioner's Dialogue 2018 teilzunehmen. An dieser Veranstaltung nahmen Diplomaten, Hilfsorganisationen, Organisationen wie UN-Habitat und die Weltbank teil. Da der diesjährige Schwerpunkt auf den Städten und deren Integrationsbemühungen lag, waren circa 20 Städte eingeladen. Neben u. a. Bristol (UK), Athen (GR), Erbil (Kurdistan), Salt Lake City (US), Addis Abeba (ETH) nahm Altena als einzige deutsche Stadt am Dialog teil.

In der Diskussionsrunde „Meeting the needs of the displaced in urban areas“ durfte Bürgermeister Dr. Hollstein die Integration in der Stadt Altena vorstellen. „Es war schon eine besondere Atmosphäre Botschafter verschiedener Nationen, den Präsident des Internationalen Olympischen Komitees, Thomas Bach, oder den High Commissioner Filippo Grandi erleben zu dürfen“, so Altenas Bürgermeister. Begleitet durch die deutsche Delegation wurden Gespräche von Dr. Hollstein mit dem Hochkommissar und seinem Vertreter Volker Türk geführt, die sich gut informiert über Altena zeigten.

„Ich konnte in den anderen Gesprächsrunden auch neue innovative Ideen kennenlernen, die wir abgewandelt auch in Altena ausprobieren können. Weiterhin gab es viel internationales Interesse an unseren Integrations-Instrumenten. Es werden einige Infopakete die Stadtverwaltung verlassen“, so der Bürgermeister.

Interessant war für Altenas Bürgermeister auch, wie klein die Welt ist. Denn im Team des Assistant High Commissioner's George Okoth-Obbo arbeitet als Rechtsanwältin eine gebürtige Altenaerin aus Dahle, Alexandra Barbara Krause, die „ihren“ Bürgermeister herzlich begrüßte.



Bürgermeister der westfälischen Stadt Altena Dr. Andreas Hollstein (Mitte) mit dem Hohen Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen Filippo Grandi (rechts) und dessen Stellvertreter Volker Türk.

VON EUROPÄISCHEN, NATIONALEN & KOMMUNALEN GRENZEN



Fotos: © Janina Salden

Griechenland, Lesbos, Flüchtlingscamp Moria: Mit Stacheldraht abgegrenzt vom „offiziellen Camp“ auf Lesbos existiert ein weiteres wildes Flüchtlingscamp – allgemein bekannt unter dem Namen „Dschungel“.

"Desaströs“, „abscheulich“, „Schande Europas“, „humanitäre Katastrophe“, „Guantánamo of Europe“, „Freiluftgefängnis“ – oder einfach nur die „Hölle“. Für das Flüchtlingscamp Moria auf der griechischen Insel Lesbos kursieren viele Umschreibungen. Nur als „Tor nach Europa“ – wie die griechischen Inseln einst von Geflüchteten wahrgenommen wurden – gilt Lesbos heute nirgendwo mehr. Moria ist eines der fünf Erstaufnahmelager, die sogenannten europäischen HotSpots auf den griechischen Inseln in der östlichen

Ägäis – konzipiert als Durchgangsstation, in der sich die Ankommenden höchstens 72 Stunden zur Identitätsfeststellung aufhalten sollen. Aus diesen drei Tagen sind mittlerweile für einige Geflüchtete über zwei Jahre geworden. Die Flüchtlinge dürfen sich auf der Insel frei bewegen, sie aber während des laufenden Asylverfahrens nicht verlassen. Zugleich kommen fast tägliche neue Boote mit weiteren Flüchtlingen an den Küsten an. Moria ist chronisch überbelegt; die knapp 3000 Plätze müssen sich in der Regel 7000 bis 9000 Menschen teilen. Unter ihnen

etwa ein Drittel Kinder. Es mangelt an Platz, Hygiene, Essen, medizinischer Versorgung. Neben dem „offiziellen“ Camp unter der Leitung der griechischen Regierung, umzäunt von Stacheldraht, bewacht von Militär und Polizei, hat sich auf dem angrenzenden Olivenhain ein „wildes“ Camp gebildet. Dieser unter den Flüchtlingen als „Dschungel“ bekannte Teil ist menschenunwürdig und vor allem nicht für den Winter gemacht. Im letzten Jahr sind hier Menschen erfroren. Das dies auch in diesem Jahr wieder passieren wird, ist sehr wahrscheinlich.

KOMMUNALE GRENZEN

Bis zum EU-Türkei-Abkommen im März 2016 war Griechenland ein Durchgangsland. Seit Inkrafttreten des Abkommens hat sich insbesondere durch den türkischen Grenzschutz der Zustrom an Flüchtlingen deutlich verringert. Der Geschäftsführende Direktor der Region Nordägäis, Giorgos Kampouris, erklärt, dass dennoch die Zahl der Flüchtlin-

gefordert: Die griechische Finanzkrise und die Stigmatisierung als „Flüchtlingsinsel“ haben den Tourismus drastisch einbrechen lassen. Die Arbeitslosigkeit ist hoch, das letzte Erdbeben hat deutliche Spuren hinterlassen. Hinzu kommen immer mehr Verteilungskonflikte zwischen der einheimischen Bevölkerung und den Flüchtlingen. Die Grenzen der Akzeptanz scheinen erreicht zu sein. Kommunalpoliti-

Natürlich könne man immer mehr Geld gebrauchen, so der griechische Minister für Migrationspolitik, Dimitris Vitsa. Aber was tatsächlich fehle, seien Übersetzer – um die Asylverfahren zu beschleunigen – und Ärzte, 120 wären gut. Einer der wenigen Punkte, bei denen sich die griechische Regierung und die auf Lesbos agierenden Hilfsorganisationen einig sind. Für die rund 8000 Flüchtlinge sind im Schnitt zwei



ge, die jeden Tag neu hinzukommt jene Anzahl, die mit abgeschlossenem Asylverfahren die Insel wieder verlassen, deutlich übersteigt. Die Überfüllung des Camps Moria ist die logische Konsequenz. Direktor Kampouris sind wie allen anderen Kommunalpolitikern die Hände gebunden; ihre Hilferufe blieben bisher ungehört. Finanzielle und organisatorische Unterstützung der griechischen Regierung gibt es für die Kommunen nicht. Dabei ist die Insel Lesbos mehrfach heraus-

kern der griechischen Inseln bleibt nicht mehr, als an die Regierung in Athen zu appellieren.

NATIONALE GRENZEN

Die Europäische Union hat Griechenland für die Versorgung und Unterbringung der Flüchtlinge auf drei Jahre verteilt 1,6 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt. Ist mehr Geld erforderlich, um die Situation der Flüchtlinge auf den ost-ägäischen Inseln zu verbessern?

Ärzte im Camp eingesetzt – nicht einmal die eigentlich verpflichtende Erstuntersuchung der Flüchtlinge kann mit diesem Personalschlüssel bewältigt werden. Der rettende Anker für viele Flüchtlinge ist die „Mobile Klinik“ von „Ärzte ohne Grenzen“ vor dem Eingang des Flüchtlingscamps. Hier schafft man es mit einer Handvoll medizinischem Personal täglich bis zu 120 Patienten, hauptsächlich Kinder, zu behandeln. Die medizinische Versorgung sollte nun doch



aber eigentlich zwingend durch die griechische Regierung gewährleistet werden! Die staatlichen Vertreter der Camp-Leitung sind hier nur bedingt einsichtig. Man könne keine weiteren griechischen Ärzte entsenden, heißt es lapidar. Die Zustände seien nicht „ideal“, aber auch nicht so dramatisch, wie in den Zeitungen zu lesen sei: Man könne es eben nicht allen recht machen, es handele sich schließlich nicht um ein Hotel. Die Gewaltausbrüche habe man unter Kontrolle, für Suizid und Suizidversuche gebe es keine Hinweise, lange Wartezeiten bei der Essenausgabe gebe es nicht. Hygienische Mängel könne auch die Regierung nicht verhindern, wenn so viele Menschen auf engem Raum

zusammenleben. Dieses Gespräch mit Verantwortlichen im Camp Moria ist nicht das erste Mal, dass einen das Gefühl beschleicht, eine Optimierung der Lebensbedingungen in Moria ist gar nicht gewollt. Es ist ein offenes Geheimnis, dass die griechische Regierung die Zustände nicht maßgeblich verbessern will, in der Annahme, damit eine abschreckende Wirkung auf jene zu erzeugen, die eine Flucht nach Europa übers Meer planen.

EUROPÄISCHE GRENZEN

Minister Dimitris Vitsa sieht die Lösung für das überfüllte Camp in der Beschleunigung der Asylverfahren. Die Bedingungen sollen sich

dadurch verbessern, dass weniger Menschen sich den Platz und die Versorgungsleistungen teilen müssen. Dafür brauche Griechenland mehr personelle Unterstützung von den anderen Mitgliedsstaaten der EU. Zudem müssen die Flüchtlinge mit positivem Bescheid auf die anderen europäischen Staaten verteilt werden – so war es abgemacht, betont der Migrationsminister. Hier ist die europäische Grenze erreicht, die Grenze der europäischen Solidarität. Die EU-Mitgliedsstaaten konnten sich auf die Abgrenzung in Form von Grenzbewachung einigen, nicht aber auf die Verteilung der Flüchtlinge. Ein gemeinsames Agieren in der Asylpolitik ist nicht in Sicht. „Die Flüchtlinge sind ein Test für Europa“, sagt ein Oppositionspolitiker der Nea Dimokratia. Diese Testphase dauert nun aber schon viel zu lange an und könnte nachhaltige Konsequenzen für den europäischen Zusammenhalt haben. Wer das verhindern will, sollte schnell unter Beweis stellen, dass die europäische Grenze im Meer hinter Lesbos liegt und nicht davor – im Namen der Menschlichkeit und im Namen der europäischen Solidarität. ■

Die Autorin: Janina Salden,
Referatsleiterin Deutscher Städte-
und Gemeindebund



In Athen traf die deutsche Delegation auf den griechischen Minister für Migrationspolitik, Dimitris Vitsa – hier im Gespräch mit Dr. Christos Katzidis, MdL NRW, innenpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion

BILDUNG

GRUNDSTEIN EINES ERFOLGREICHEN LEBENS



Foto: © J. Wiggers/DStGB



Entwicklungsminister Müller und die kommunalen Spitzenverbände setzen bei der Kick-Off-Veranstaltung zur Initiative „1000 Schulen für unsere Welt“ ein gemeinsames Zeichen für die kommunale Entwicklungspolitik. Im Bild v.l.n.r.: Landrat Reinhard Sager, Präsident des Deutschen Landkreistages; Dr. Gerd Müller, Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung; Uwe Zimmermann, Stellvertretender Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes; Markus Lewe, Präsident des Deutschen Städtetages.

Investitionen in Bildung sind Investitionen, die sich zieren, kurzfristig Rendite abzuwerfen. Nach dem Pisa-Schock 2001 hat sich Deutschland auf den Weg gemacht, die Schulleistungen von Mädchen und Jungen maßgeblich zu verbessern. Bis 2012 hatte sich Deutschland in der Rangliste schon deutlich gesteigert: Zehn Plätze ging es in der Mathematik, fünf bei der Lesefähigkeit und elf in den Naturwissenschaften seit der ersten PISA-Studie nach oben. Zwölf lange Jahre hat es gedauert – eine gesamte Generation von Schülerinnen und Schülern.

„Es gibt nur eins, was auf Dauer teu-

rer ist als Bildung, keine Bildung“, wie John F. Kennedy einmal gesagt hat. Die Schülerinnen und Schüler, die jetzt deutlich besser in der Schule abschneiden, werden ihr gesamtes Leben davon profitieren. Dank ihrer Fähigkeiten haben sie die Chance, ihre eigenen Träume noch dynamischer zu verfolgen und zu verwirklichen. Sie sind die Fachkräfte, die so dringend benötigt werden, tragen zum wirtschaftlichen Erfolg des Landes bei und schaffen Wohlstand und Wertschöpfung. Zwölf Jahre Investitionen und Reformen, die sich 40 bis 50 Arbeitsjahre lang auszahlen werden.

In anderen Ländern und Regionen der Welt hakt es bei der Bildung noch deutlich stärker. Gerade in den ländlichen Gebieten von Entwicklungs- und Schwellenländern können Kinder und Jugendliche ihr Recht auf Bildung oft nicht einlösen. Weltweit haben 264 Millionen Kinder und Jugendliche gar keinen Zugang zu Bildung. Das liegt oftmals daran, dass die nächste Schule so weit weg ist, dass sie nicht erreicht werden kann oder das vorhandene Schulgebäude keinen Schutz vor Wind und Wetter bietet, sodass der Unterricht viel zu häufig ausfallen muss.

So sind die Chancen der Kinder und Jugendlichen begrenzt, zur wirtschaftlichen Entwicklung ihres Landes beizutragen. Geringe Lesefähigkeit verhindert ihren Beitrag zur gesellschaftlichen Entwicklung und ihre gesellschaftliche Teilhabe. Ein unfreiwilliger Schulabbruch wirkt ebenso lebenslang, wie ein guter Schulabschluss – nur im negativen Sinne.

KOMMUNALE PROJEKTE, WELTWEITE WIRKUNG

Die kommunalen Spitzenverbände Deutschlands – der Deutsche Städte- und Gemeindebund, der Deutsche Städtetag und der Deutsche Landkreistag – setzen genau hier an: Zusammen haben sie die Initiative „1000 Schulen für unsere Welt“ gestartet und konnten dafür Bundesentwicklungsminister Dr. Gerd Müller als Schirmherrn gewinnen. Ziel der Initiative ist es, gemeinsam mit den deutschen Kommunen, ihren Bürgerinnen und Bürgern und der lokalen Wirtschaft 1.000 Schulen in Ländern des Globalen Südens zu bauen. So wird Kindern und Jugendlichen weltweit ein besserer Zugang zu Bildung ermöglicht, der ihnen wiederum zu neuen Perspektiven verhelfen kann und ihnen größere Möglichkeiten gibt, bei der Entwicklung ihrer Heimatländer und -regionen tatkräftig mitzuwirken. Langfristig kann so ein gewichtiger Beitrag zur Entwicklung der Länder erbracht werden.

Die Initiative bietet Städten, Gemeinden und Landkreisen eine einfache Plattform, sich entwicklungspolitisch zu engagieren. Auf der Webseite der Initiative werden umfangreiche Informationen, Tipps und Tricks angeboten, um die Initiative auf kommunaler Ebene bekannt zu machen. Mit der

Stiftung Fly & Help haben die Spitzenverbände einen verlässlichen, seriösen und erfolgreichen Projektpartner gefunden. Die Stiftung hat weltweit schon über 250 Schulbauprojekte realisiert. Die Kosten für ein Schulbauprojekt der Stiftung Fly & Help belaufen sich im Schnitt auf 50.000 Euro. Alle Schulbauten werden durch Spenden finanziert, wobei jeder gespendete Cent eins zu eins in die Schulen fließt.

Neben der Webseite der Initiative stehen den Kommunen bei den Spitzenverbänden persönliche Ansprechpartner zur Verfügung, die sie bei jedem Schritt hin zum eigenen Schulbauprojekt unterstützen.

AM ANFANG STEHT DER WILLE

Den Kommunen kommt im Rahmen der Initiative wie auch bei allen anderen Vorhaben der kom-

munalen Entwicklungspolitik eine zentrale Rolle zu. Wichtig ist hierbei ein Team von Unterstützern, an dessen Spitze im besten Falle der Bürgermeister oder Landrat steht. Dieser Kreis von Unterstützern sollte das Projekt auf der lokalen Ebene in die Hand nehmen, es bei der Bürgerschaft bekannt machen und für Spenden der Bürgerinnen

und Bürger und Sponsoring der lokalen Wirtschaft werben. Es ist zentral, dass das Schulbauprojekt ein Projekt der gesamten kommunalen Gesellschaft wird. Wenn mitgliederstarke Vereine oder Gemeinschaften als Unterstützer für das Projekt gewonnen werden können, potenziert sich die Reichweite und es können besonders viele Bürgerinnen und Bürger für das Thema Entwicklungspolitik sensibilisiert und für das eigene Schulbauprojekt begeistert werden.

Neben der Einbindung verschiedener Akteure und Unterstützer in das gemeinsame Engagement für das eigene Schulbauprojekt ist die Kommunikation ein bedeutendes Element, um ein möglichst großes Publikum zu erreichen. In lokalen und auch den eigenen Medien der Kommunen wird das Projekt platziert und beworben. So kann nicht nur die Reichweite erhöht werden;

„ Bildung heißt Zukunft. Mit "1000 Schulen für unsere Welt" wollen wir Menschen auf der ganzen Welt besseren Zugang zu Bildung ermöglichen, damit sie ihre Zukunft selbstbestimmt gestalten können. “

DStGB-Hauptgeschäftsführer Dr. Gerd Landsberg



munalen Entwicklungspolitik eine zentrale Rolle zu. Wichtig ist hierbei ein Team von Unterstützern, an dessen Spitze im besten Falle der Bürgermeister oder Landrat steht. Dieser Kreis von Unterstützern sollte das Projekt auf der lokalen Ebene in die Hand nehmen, es bei der Bürgerschaft bekannt machen und für Spenden der Bürgerinnen

es wird auch dafür gesorgt, dass aus einer guten Idee eine spannende Geschichte für die gesamte Kommune wird. Die Erfolge – besondere Sammelaktionen, das Erreichen von Spendenzielen oder auch die Grundsteinlegung des neuen Schulgebäudes – entwickeln sich zu einer Erzählung, bei der die ganze Kommune die Hauptrolle spielt.

GLOBALES ENGAGEMENT – EINFACH GEMACHT

Bei der Planung der Initiative stand die Idee des „Anpackens“ im Vordergrund. Es sollten keine großen Hürden oder komplexe Antragsformulare überwunden werden müssen. So sind „nur“ drei wichtige Schritte bis zur fertigen Schule nötig: 1. Die Interessensbekundung, 2. Das Sammeln der Spenden und 3. Das Aussuchen des konkreten Projekts.

Die Interessensbekundung ist ein Formular, das in weniger als zehn Minuten online ausgefüllt werden kann. Alles, was dazu benötigt wird, sind ein paar grundlegende Informationen zur eigenen Kommune. Nach Eingang nehmen die Mitarbeiter der Initiative Kontakt auf, beraten die Kommunen individuell und leiten die nächsten Schritte ein.

Wenn sich die Kommune für die Zusammenarbeit mit dem Projektpartner der Initiative – die Stiftung Fly & Help – entscheidet, wird ein kostenfreies Spendenkonto für jedes einzelne Projekt eingerichtet. Das erspart der Kommune die Gründung eines gemeinnützigen Vereins, die Zertifizierung mit dem Spendensiegel und das Ausstellen von Spendenquittungen, da dies alles von der Stiftung Fly & Help übernommen wird. Darüber hinaus wird absolute Transparenz gewährt. Die jeweiligen Kontostände werden auf Anfrage jederzeit mitgeteilt.

Das eigentliche Sammeln von Spenden bietet die große Chance, sich gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern kreativ für die gute Sache einzusetzen. Ob Sponsorenlauf, Benefizkonzert, Galadinner, Stadtweite oder gemeinsame Spendenaktionen mit den Partnern vor Ort – der Kreativität sind dabei keine Grenzen gesetzt. Damit die gesamte Kom-

mune an den einzelnen Aktionen teilhaben kann, sollten die lokalen Medien in die Berichterstattung einbezogen werden.

Sobald sich abzeichnet, dass das Spendenziel in Kürze erreicht wird, schlägt die Stiftung Fly & Help der Kommune aktuell dringliche Schulbauprojekte vor, die mit den gesammelten Spendengeldern realisiert werden können. Die Stadt oder Gemeinde wählt sodann „ihr“ Projekt aus. Geografische Wünsche, etwa welches Land oder welche Region unterstützt werden soll, versucht die Stiftung bestmöglich bei der Zusammenstellung zu berücksichtigen. Die Initiative legt viel Wert darauf, dass bei der Auswahl der Schulbauprojekte der akute Bedarf im Vordergrund steht. Dies ist auch der Grund, warum keine konkreten Projekte angeboten werden können, solange nicht klar ist, wann genau das Spendenziel voraussichtlich erreicht werden kann. Für die Kommune ergibt sich so der Vorteil, dass sie in ihrem eigenen Tempo Spenden sammeln kann und keine Deadline zur Erreichung eines Spendenziels hat.

GEMEINSAM FÜR UNSERE WELT

Bildung steht am Anfang von Entwicklung; persönlich, sozial, ökonomisch und ökologisch. Wo der Zugang zu Bildung nicht ausreichend vorhanden ist, wird Entwicklung gebremst. Das gilt für Deutschland ebenso wie für die ärmsten Länder der Welt. Investitio-

nen in Bildung können die Entwicklung des jeweiligen Landes deutlich beschleunigen. Wie am Beispiel der Pisa-Reformen in Deutschland dargelegt, werden sich Bildungsinvestitionen in der Regel nicht kurzfristig für alle sichtbar auszahlen. Langfristig werden sie dafür umso eindrucksvoller ihren vollen Wert potenziert zurückgeben.

Durch die Initiative „1000 Schulen für unsere Welt“ sollen weltweit ein-tausend Schulen mithilfe kommunalen Engagements entstehen. Ein solch ambitioniertes Ziel wird seine Zeit in Anspruch nehmen. Diese Jahre des Engagements werden sich jedoch in Jahrzehnten beschleunigter Entwicklung auszahlen. Die Schülerinnen und Schüler sowie ihre Heimatkommunen und -länder werden signifikant profitieren. Die deutschen Kommunen, ihre Bürgerinnen und Bürger und die lokalen Unternehmen können mit der Initiative einen bedeutenden Beitrag dazu leisten, dass sich die Zukunftsaussichten von Kindern und Jugendlichen in ihren Heimatländern weltweit verbessern und vor Ort neue Perspektiven entstehen. ■

Der Autor: Jonas Wiggers,
Referent Deutscher Städte-
und Gemeindebund

INITIATIVE „1000 SCHULEN FÜR UNSERE WELT“

Bei der Initiative „1000 Schulen für unsere Welt“ können sich alle Kommunen Deutschlands engagieren. Wenn sich auch Ihre Kommune für mehr und bessere Bildung weltweit einsetzen möchte, finden Sie auf der Webseite der Initiative umfangreiche Informationen. Bei Rückfragen steht Ihnen beim Deutschen Städte- und Gemeindebund Jonas Wiggers gerne zur Verfügung:

jonas.wiggers@dstgb.de

Tel.: 030 773 07 241

**1000 SCHULEN
FÜR UNSERE WELT**

DAS SCHWEIGEN DER EHRENAMTlichen

INTERVIEW MIT DEM FILMEMACHER MICHAEL HEUER

INTERVIEW



„Aus dem Hinterhalt – Die alltägliche Bedrohung gegen Politiker“ – heißt eine TV-Langzeitreportage, die der Filmemacher Michael Heuer für den NDR produziert hat. Er zeigt darin Kommunalpolitiker, die Opfer von Hassbriefen und Gewalt wurden. Im Interview schildert Heuer seine Eindrücke aus der Drehzeit.

1. Herr Heuer, worum genau geht es in dem Film?

Michael Heuer: Der Sendetitel heißt: „Aus dem Hinterhalt“ und man merkt daran schon, dass dieses Wort Gefahr, Bedrohung, Anonymität bedeutet. Es geht um

Politiker, häufig um Ehrenamtliche, die aus diesen Hinterhalten bedroht werden. Wir haben versucht, sie über einen längeren Zeitraum zu begleiten um herauszufinden, wie eine solche Bedrohung über den Tag hinaus wirkt, was das für den Alltag eines Kommunalpolitikers bedeutet.

2. Die Bedrohungslage gegen Haupt- und Ehrenamtliche ist leider nicht ganz neu – wie sind Sie jetzt auf die Idee für den Film gekommen?

Heuer: Ganz neu ist sie nicht. Aber gerade jetzt ist die Bedrohungslage insbesondere auch von rechtsextremer Seite doch noch einmal angewachsen. Das haben

Umfragen deutlich gezeigt. Leider sind diese Fälle aus unserem Alltag nicht mehr wegzudenken. Aber die Berichterstattung war bisher meist anlassbezogen – wir haben uns daher entschlossen, das Thema über den Tag hinaus zu begleiten in einer Langzeitreportage. Wir wollen zeigen, welche Auswirkungen das im Alltag langfristig hat.

3. Was ist Ihnen bei dieser Langzeitbeobachtung aufgefallen? Welche Erkenntnisse haben Sie daraus gezogen?

Heuer: Die neue Erkenntnis ist, dass dieser Zeitpunkt, bei dem man sagt: „wehret den Anfängen“ über-

schritten ist. Ich habe sonst häufig mit Kriminalfällen zu tun, bei denen es nicht um Politiker geht. Aber ich muss doch mit großem Erschrecken feststellen, dass Ehrenamtliche wie Hauptamtliche in den Kommunen, die eine tragende Säule der Demokratie sind, oftmals mit dem Rücken zur Wand stehen. Und auch in den Stadtparlamenten und in der Gesellschaft können sie nicht gleich auf eine Solidaritätsadresse hoffen. Ich glaube, dass deshalb dieses Politikeramt immer häufiger hinterfragt werden wird von Menschen, die es zwar gerne mal machen wollten, die jetzt aber sagen: „Das ist für mich nicht mehr akzeptabel“. Ich habe Rücktritte von Ämtern erlebt, die vor allem darauf zurück zu führen waren, dass es auch Bedrohungen gegen die Familie von Kommunalpolitikern gab. Wenn den Ehefrauen oder Kindern Drohbriefe – unterzeichnet mit Adolf Hitler – ins Haus flattern, dann kommt man schon ins Grübeln. Ich glaube, dass die schweigende Mehrheit hier viel mehr zuhören, sich sensibilisieren muss.

4. Die schweigende Zivilgesellschaft ist das Eine – wie sehr schweigen denn die Betroffenen auch selbst? War es einfach, Kommunalpolitiker vor Ihre Kamera zu bekommen?

Heuer: Es ist schon teils sehr schwer gewesen. Ich habe mit Menschen gesprochen, die auf keinen Fall öffentlich über ihren Fall sprechen wollten. Sie haben häufig Angst, dass dadurch die Verantwortung, die sie haben, unterminiert würde. Teils werden dann persönliche Gründe vorgeschoben, viele wollen sich einfach nicht die Blöße geben, was ja nachvollziehbar ist. Sehr schnell ist eben der Shitstorm dann noch größer als vorher. Aber glücklicherweise gab es schon auch

zahlreiche Politiker, die mutig nach vorne gehen und bereit sind, das Thema nicht unter den Teppich zu kehren. Das ist wichtig, denn ich habe den Eindruck, dass die Eskalation im Moment noch weiter zunimmt. Es wird gedroht, die Schreiber der Hassmails bleiben meist im Dunkeln und ich fürchte, dass das weiter um sich greift. Die Gesellschaft muss das aus meiner Sicht noch sehr viel ernster nehmen!

5. Was raten Sie Kommunalpolitikern, die jetzt in eine solche Situation kommen?

Heuer: Die Verantwortungsträger sollten ihre Fälle in aller Regel öffentlich machen. Natürlich gibt es in Einzelfällen auch gute Gründe, das nicht zu tun. Aber ich glaube, das hört auch nicht nach möglichen Rücktritten auf. Wenn man aus solchen Gründen sein Amt niederlegt, ist das auch für die persönliche Entwicklung etwas, womit man sehr lange hadern wird. Weil man Zukunft hat fremdbestimmen lassen. Ich denke, dass ein Öffentlich machen da auch helfen kann.

6. Wenn Sie nach der Reportage ein Fazit ziehen sollen: Was muss Politik, was muss Zivilgesellschaft tun?

Heuer: Es besteht die Gefahr, dass die Politik in vielen Bereichen eine Abgehobene wird. Ich selbst erkenne auch, dass Teile des Volkes sich abgehängt fühlen durch eine bestimmte Sprache und ein bestimmtes Gebaren von Politikern. Ich kann daher schon diejenigen verstehen, die sich nicht mehr in der Politik wiedererkennen. Und da muss sich einiges ändern. Aber das ist ja nicht der Kommunalpolitiker. Der ist ja nicht abgehoben, der ist nah am Volk, kann auch ein hartes Wort ertragen. Aber der Kommu-

nalpolitiker sieht sich auch häufig eines politischen Diskurses in der Bundespolitik gegenüber, der ihn nicht gerade froh macht. Da gilt es, wieder etwas zu schließen, was sich verselbständigt hat. Politik muss buchstäblich „wieder runter kommen“. Runter zu den Bürgern. ■

Interview: Das Interview mit Michael Heuer wurde zuerst auf der Internetpräsenz der Zeitschrift „KOMMUNAL“ veröffentlicht.

Download
der Reportage
unter
WWW.NDR.DE



Filmmacher Michael Heuer im Gespräch mit Dr. Gerd Landsberg, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes.

FÜR MEHR SACHLICHKEIT – GEGEN EMPÖR- & BETROFFENHEITSPOLITIK

EIN STATEMENT DR. GERD LANDSBERG, HAUPTGESCHÄFTS-
FÜHRER DES DEUTSCHEN STÄDTE- UND GEMEINDEBUNDES

Foto: © Rainer Sturm / pixelio.de



Empörpolitik



Rechtsstaat versagt!

**Kriminelle Clans
beherrschen Deutschland**

**Politiker sind abgehoben
und haben keine Ahnung**

Flüchtlinge überfluten das Land!

**Die Presse sagt nicht
die WAHRHEIT!**

MERKEL MUSS WEG!

Hass, Bedrohung, Übergriffe gegen kommunale Mandatsträger nehmen leider immer weiter zu. Der Ton der Auseinandersetzung in Deutschland ist deutlich rauer geworden. Leider bleibt es oftmals nicht bei Bedrohungen, sondern führt auch zu tätlichen Angriffen. Selbst Feuerwehrleute rücken in einigen Städten nur noch mit Schutzwesten aus. Auch Übergriffe gegen Sanitäter, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Sozialämtern, in Jobcentern

oder im Ordnungsamt nehmen zu. Nach einer Umfrage der Zeitschrift „Kommunal“ haben bereits fast die Hälfte aller Bürgermeisterinnen und Bürgermeister Beleidigungen und Bedrohungen erleben müssen. Viele richtige und wichtige politische Appelle zu mehr Sachlichkeit haben bisher noch keine durchgreifende Änderung herbeiführen können. Projektionsfläche ist häufig ein Zusammenhang mit Flüchtlingsfragen. Selbst wenn dieser Zusammenhang eigentlich nicht besteht,

wird er hergestellt. So bin ich etwa für eine Äußerung im Zusammenhang mit der Grundsteuer massiv beschimpft, beleidigt und bedroht worden. Tenor: „Ihr wollt das Geld doch nur für die Flüchtlinge“.

Grundlage dieser erschreckenden Entwicklung ist sicher auch die Neigung zur Empör- und Betroffenheitspolitik in Deutschland. Komplexe Zusammenhänge von politischen Vorgängen werden nicht ausreichend dargestellt und

der Irrglaube gefördert, es gebe für alles eine einfache und gleichzeitig „radikale“ Lösung, die nur mit einem Machtwort umgesetzt werden kann. Teilweise werden die vorhandenen Wutgefühle und Ängste auch durch Medienereignisse und Talkshows gefördert. Die Gäste beleidigen sich, sind empört, gehen raus und kommen wieder rein und können das dann am nächsten Tag in den sozialen Medien kommentieren. Eine besondere Rolle spielen dabei die sozialen Netzwerke als Resonanzraum. Für jede noch so groteske Meinung finden sich Verbündete und jede noch so schräge These findet ihre Belege. So sind teilweise menschenverachtende Aufrufe zur Beleidigung und Bedrohung weit verbreitet.

Während früher die Wut an der Tür des Stammtisches endete, besteht heute über soziale Netzwerke die Möglichkeit, sich sekundenschnell Verbündete und darüber hinaus auch Anerkennung zu suchen und

auch zu finden. Das Ganze unter dem Motto: „Das wird man doch mal sagen dürfen“. Das Ganze wird befördert durch eine veränderte Einstellung zum Staat. Der Satz von John F. Kennedy „Frag nicht was dein Land für Dich tun kann, sondern was Du für Dein Land tun kannst“ gilt in Deutschland schon lange nicht mehr. Ein Teil der Bürger sieht den Staat als reinen Dienstleister. Er hat gefälligst dafür zu sorgen, dass es mir gut geht und auftretende Probleme gelöst werden. Und wenn das nicht schnell genug geht hat die Politik versagt. Hinzu kommt eine schwindende Anerkennungskultur für politische Ämter und das regelmäßige „Politiker-Bashing“ auf kommunaler, Landes- und Bundesebene. Insgesamt schmilzt das Vertrauen der Bürger in den Rechtsstaat. Nach jüngsten Umfragen haben nur noch 43 Prozent der Bürgerinnen und Bürger entsprechendes Vertrauen.

Notwendig sind nachhaltige und dauerhafte Gegenstrategien auf al-

len politischen und gesellschaftlichen Ebenen. Wir brauchen eine öffentliche Diskussion, wie es uns gelingen kann, Hass und Spaltung in der Gesellschaft zu überwinden. Dazu gehört auch, Beleidigungen und Bedrohungen eben nicht zu verschweigen, sondern öffentlich zu machen und Strafanzeige zu stellen. Gerade dies raten wir unseren Kommunen. Auch Strafrechtsverschärfungen sollte man nicht ausschließen. So sollte geprüft werden, ob etwa kommunale Mandatsträger in Ausübung ihrer Funktion in den geschützten Personenkreis der §§113,114 StGB aufgenommen werden.

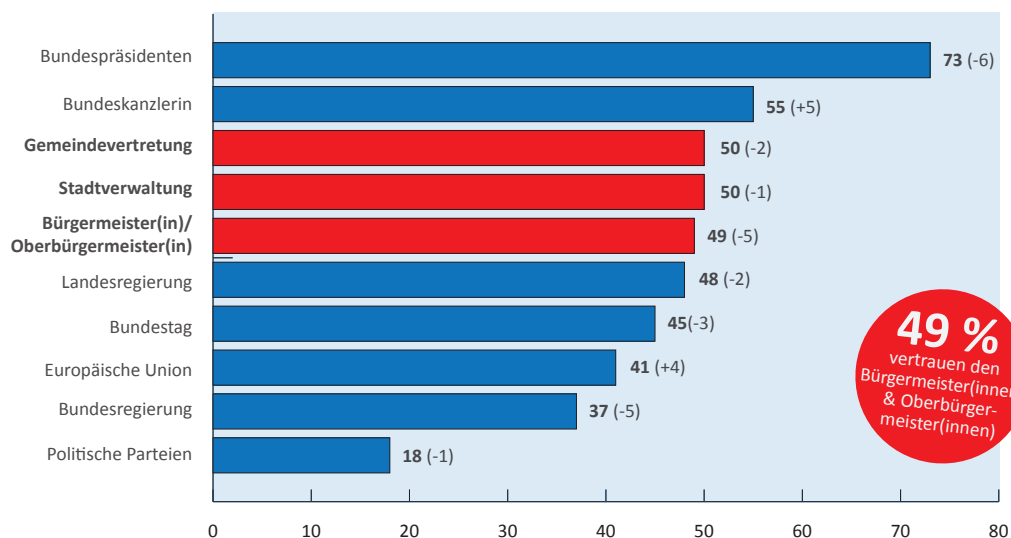
Insgesamt werben wir für ein breites Bündnis gegen Gewalt und für Toleranz. Wir brauchen einen Kodex der Wertschätzung und der offenen Kommunikation ohne Beleidigungen und Bedrohungen. Für den Zusammenhalt in unserer Demokratie sind diese Regeln und deren Einhaltung unverzichtbar. ■

VERTRAUEN IN POLITISCHE INSTITUTIONEN ANFANG 2019



Es haben großes Vertrauen zu/zur/zum)

() = Vergleich zu 2018



49 %
vertrauen den
Bürgermeister(innen)
& Oberbürger-
meister(innen)

Quelle: forsa, 2019; Grafik DStGB 2019



Am Anfang eines neuen Jahres erscheint es immer angebracht, einige Worte über die anstehenden Probleme und Aufgaben seines Arbeitsfeldes oder desjenigen des arbeitgebenden Verbandes zu sagen. Es stimmt schon: Der Dezember eines Jahres ist im römisch-christlichen Abendland für die Rückschau und die Besinnung, der Januar für die Betrachtung der Zukunft gedacht. Ihm obliegt es, nach vorne zu schauen, Prognosen zu stellen und gegebenenfalls die neuen Leute zu bestellen. Besonders prägnant wird dies alle vier Jahre in den USA. Im Januar wird der Präsident ernannt, nicht im November. Schuld daran sind historisch gesehen die alten Römer und zwar die sehr alten, denn bekanntlich übernahmen am 1. Januar die neu gewählten Konsuln und die anderen in der Hierarchie des Stadtstaates nachrangigen Kollegen für ein Jahr die Macht am Tiber, um dann am Ende des Jahres in den Senat zu wechseln oder ein anderes hochrangiges Amt zu übernehmen. Vor ihrer Wahl durch den Senat mussten sie ihre Pläne für ihre Wahlperiode skizzieren. Was Europa und damit das Arbeitsfeld des Autors betrifft, so haben wir es in diesem Jahr im übertragenen Sinne nicht nur mit der Bestellung der neuen „Konsuln“ zu tun, sondern auch mit der Wahl eines neuen „Senates“, der in Rom sich ja ganz

anders zusammensetzte und auf ganz andere Weise gewählt wurde als heute. Vom 23. bis 26. Mai 2019 wird bekanntlich das Europäische Parlament bestimmt und im Laufe des Jahres – wahrscheinlich im Herbst – wird die neue EU-Kommission ernannt. Auch wenn das alles nicht im Januar geschieht, sondern etwas zeitversetzt im späten Frühling und noch später, ist es schon heute angebracht, sich im Vorfeld einmal Gedanken zu den Aufgaben und Herausforderungen der beiden Organe der EU vor allem im Hinblick auf die kommunalen Dinge zu machen.

Fangen wir mit den rein organisatorisch-politischen und personellen Auswirkungen der Wahlen an. Es wird vor allem wichtig sein, die Einrichtung des kommunalen Sprechers im EP – eine Anregung des DStGB von vor über zehn Jahren – jedenfalls für die christdemokratische und sozialistische/sozialdemokratische Fraktion beizubehalten. Diese Einrichtung hat sich als sehr segensreich für die kommunale Arbeit mit dem EP erwiesen. Sie ist vor allem deshalb segensreich, weil es hier gelungen ist, jedes der beiden großen politischen Lager intensiver als sonst möglich zu bespielen. Am Rande sei nur bemerkt, dass diese Lösung auch nach einem möglichen Erstarken der Flügelparteien im EP – und zwar nicht nur deutscher Pro-

venienz – von großer Bedeutung ist. Bisher ist es immer über diese Sprecher gelungen, die deutschen Vertreter im EP, aber auch spanische Sozialisten oder niederländische Christdemokraten, ja sogar zypriotische Linke zu erreichen. Nebenbei erfährt man dabei, dass eben diese Personen in Deutschland studiert und sich dort wohl gefühlt haben, sie Minister für Infrastruktur (also kommunale Belange) waren oder dass der Abgeordnete als ehemaliger Bürgermeister der Stadt X kommunale Probleme kenne und die deutschen Kommunen gut verstehen könne. Ein weiterer Punkt sei erwähnt. Durch die Wahl des EP werden nicht nur viele dem DStGB bekannte Abgeordnete aus dem EP ausscheiden, sondern es werden auch die leitenden Posten innerhalb des EP (Fraktionsvorsitzende, Vorsitzende der Ausschüsse) neu besetzt. Bisher waren viele wichtige Positionen hier in deutscher Hand. Das wird sich wohl ändern. Ein Argument mehr, um die Fäden zu den nichtdeutschen Abgeordneten enger zu spinnen.

Kommen wir zur EU-Kommission. Grundsätzlich wird sich auf der Ebene der Beamten so viel nach dem Herbst 2019 nicht tun, auf der Ebene der Kommissare jedoch naturgemäß viel. Ein Eckpunkt ist hier die Bestellung des EU-Kommissions-Präsidenten, bei der ja bekanntlich ein Deutscher (Weber, EVP) gute Chancen zu haben scheint. Auch ist es nicht ganz unwahrscheinlich, dass sein Vize – dann aus der sozialistischen/sozialdemokratischen Ecke kommend – ein Niederländer (EU-Kommissar Timmermann) sein könnte. Dies wäre eine Konstellation für die deutsche kommunale Seite, die – schon allein wegen der nationalen und geographischen Herkunft der genann-

ten Personen – grundsätzlich positiv zu werten ist. Hier liegt also Potenzial für die Kommunen vor.

Die EU-Kommission ist allerdings ein Kollegialorgan und man sollte deshalb nicht alles auf die Präsidenten und Vizepräsidenten der EU-Kommission setzen. Selbst Juncker, der in seinen ersten Jahren durchaus einen sehr großen Einfluss auf die Grundsatzentscheidungen der EU-Kommission hatte und der – siehe den „Deal“ mit Präsident Trump zu den Handelszöllen – immer noch ein Händchen für politische Lösungen gezeigt hat, hat sich in vielen Fragen der Mehrheit seiner Kollegen anpassen müssen.

Entscheidend wird sein, inwiefern die momentan etwas im Abseits stehenden Staaten der Union, zum Beispiel Polen und Ungarn, auf die Angebotspalette an Kommissaren reagieren werden und wie, andernfalls gesehen, die andere Staaten sich zu den Angeboten aus Warschau und Budapest stellen. Zwar wird im Ministerrat mit qualifizierter Mehrheit über die Gesamtliste der Kommissare entschieden, insofern könnte man Budapest und Warschau überstimmen, aber eigentlich tut man das nicht. Glaube zudem auch keiner, dass Staaten wie Italien oder Österreich unter anderem in Personalfragen automatisch mit den liberalen Westlern aus Paris und Berlin zusammengehen und umgekehrt. Die Lage im Jahr 2019 ist viel unübersichtlicher als 2014, die Stimmung viel emotionaler. Interessant wird es weiter sein, welches Land die Schlüsselressorts „Digital, Wirtschaft, Inneres/Migration (erst seit 2014 bedeutsamer), Finanzen, Wettbewerb, Energie und Außenpolitik“ übernehmen wird. Bisher waren sie mehrheitlich in der Hand der großen Staaten. Es

gab zwar Teilungen der Kompetenz mit kleineren Staaten (Digital), aber nur in begrenztem Ausmaß. Frankreich, Deutschland, Italien und Spanien besetzen bis auf zwei Ressorts (Inneres gewann wie erwähnt erst 2014 an Bedeutung) immer noch die Kernbereiche der EU-Politik. Man wird sehen.

Kommen wir zu den Inhalten. Sie sind eigentlich schon in der Diskussion über die Schlüsselressorts der EU-Kommission angeklungen. So sollte die Union sowohl im Bereich der Digitalisierung wie auch im Energiebereich voranschreiten. Hier hat die Kommission zwar fast nur eine Koordinierungsfunktion, sie muss sich jedoch gewahr sein, dass sie hier „den Treiber, den Mahner und den Unzufriedenen“ geben muss. Beide Bereiche sind für die wirtschaftliche Zukunft Europas unverzichtbar. Was das Thema „Migration“ angeht, so wird es darauf ankommen, inwieweit es der EU-Kommission gelingt, die Sicherung der Außengrenzen zu erhöhen. Erste Vorschläge liegen zwar schon vor, fanden aber nicht die Zustimmung der Mitgliedstaaten, genauer gesagt vor allem des Mitgliedstaates Deutschland. Unabhängig von der Bedeutung des Themas an sich, wird es sich hier erweisen, ob die EU organisatorisch handlungsfähig ist. In diesem Thema liegt europaweit gesehen neben der Schuldenproblematik der größte politische Sprengstoff. Damit sind wir bei den Finanzen oder besser gesagt bei der Stabilität der öffentlichen Finanzen und der Banken. Hier kommt naturgemäß zunächst einmal viel auf die zukünftige Konjunktur an, damit verbunden auf den Streit der Wirtschaftsblöcke (USA, China etc.), aber auch auf die Haushaltsdisziplin der EU-Staaten. Gerade wurde noch das italienische Problem halbwegs

gelöst und die Neuverschuldung Italiens von 2,4 Prozent des Brutto-sozialproduktes auf 2,04 begrenzt. Frankreich reißt – offiziell verkündet – die Grenze von 3 Prozent in diesem Jahr, weil der Präsident gegenüber einer irgendwie kaum fassbaren Opposition in gelben Westen zurückrudert. Kommt es nicht zu einer Einigung über die Verschuldung, dann ist vermutlich nicht nur Holland in Not, sondern politisch auch Deutschland und andere.

Denn eins muss jedem klar sein: Man zwingt weder Frankreich noch Italien und schon gar nicht beide zusammen zu einer von ihnen nicht gewollten Lösung. Das wäre dann der Showdown. Bleibt noch ein Thema, von dem der Autor selbst noch nicht weiß, welche genaue Bedeutung es haben wird. Es ist der Umweltschutz. Hier sieht sich die Europäische Union noch mit den Auswirkungen der Gesetze konfrontiert, die sie vor bald 20 Jahren erlassen hat (Luftreinhaltung, guter Zustand des Wassers) und setzt sich für die Durchsetzung der Regeln ein. Mal erfolgreich, mal nicht. Neues liegt zurzeit so richtig nicht an. Kommt es aber zu einer tatsächlichen oder von der Öffentlichkeit als real angesehenen Verschlechterung der Umwelt/des Klimas, dann steht der Posten des Umweltkommissars – wie sagt der Franzose – im „centre d'intérêt“ (Zentrum des Interesses). Er wäre der „homo novus“ neben dem Reigen der anderen bedeutenden Konsuln in Brüssel und der Mann oder die Frau der Stunde. ■

JAHRBUCH FÜR ÖFFENTLICHE FINANZEN 2-2018 SCHRIFTEN ZUR ÖFFENTLICHEN VERWALTUNG UND ÖFFENTLICHEN WIRTSCHAFT, BAND 241

Herausgeber: Martin Junkernheinrich, Stefan Koriath, Thomas Lenk, Henrik Scheller, Matthias Woisin

2018, 224 Seiten, kart., Preis: 50 Euro
ISBN: 978-3-8305-3887-5 (Print)
978-3-8305-4048-9 (eBook)
Berliner Wissenschafts-Verlag
Markgrafenstr. 12-14, 10969 Berlin
E-Mail: bwv@bwv-verlag.de
Homepage: www.bwv-verlag.de

Über die Neuordnung der Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern wurde bereits in den letzten Jahren intensiv im Jahrbuch für öffentliche Finanzen diskutiert. Die mit dem Sonderband 1-2016 „Verhandlungen zum Finanzausgleich“ eingeleitete vertiefende Analyse wird mit dem nun vorliegenden Sonderband 2-2018 „Staatsanpassung – Die neue Finanzverfassung als politische und rechtliche Gestaltungsaufgabe im Bundesstaat“ fortgeführt.

Schwerpunktmäßig befasst sich dieser Sonderband dabei auch mit aktuellen kommunalen Finanzthemen wie unter anderem der Lockerung des sogenannten Kooperationsverbots, des neuen 104c GG, der Bestimmung des Finanzbedarfes und einer Lösung des Altschuldenproblems. Neben diesen Beiträgen aus rechts-, finanz- und politikwissenschaftlicher Perspektive unter der Überschrift „Die Kommunen in betreuter Autonomie“ umfasst der Sonderband darüber hinaus interessante Aufsätze zu den Themen „Finanzverfassung und Finanzpolitik“ und „Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in Ost und West“.

Das Jahrbuch für öffentliche Finanzen ist eine gemeinsame Anstrengung von Autorinnen und Autoren aus den interessierten Fachdisziplinen Finanz-, Politik- und Rechtswissenschaft sowie aus der Verwaltungspraxis.

(Florian Schilling)

BÜRGERMEISTER IN DEUTSCHLAND PROBLEMSICHTEN - EINSTELLUNGEN - ROLLENVERSTÄNDNIS

Von Professor Dr. Hubert Heinelt, PD Dr. Björn Egner, Timo Alexander Richter, Apl. Professorin Dr. Angelika Vetter, Professorin Dr. Sabine Kuhlmann, Dr. Markus Seyfried

2018, 1. Auflage. 156 Seiten, Broschiert, 32 Euro. ISBN 978-3-8487-5170-9

Nomos Verlagsgesellschaft
Waldseestraße 3-4, 76530 Baden-Baden
www.nomos.de

Der Band beschäftigt sich mit den Problemsichten, Einstellungen und dem Rollenverständnis deutscher Bürgermeister in Gemeinden mit mehr als 10.000 Einwohnern. Basierend auf einer schriftlichen Befragung werden dabei die sozialstrukturellen Merkmale dieser Akteursgruppe, ihre politischen Prioritäten, ihre Sicht auf Parteien in der Kommunalpolitik, ihr Demokratieverständnis sowie ihre Einschätzung zu Verwaltungsreformen und der kommunalen



Haushaltssituation untersucht. Die Ergebnisse der Befragung werden durchgehend mit einer bereits vor zehn Jahren durchgeführten weiteren Befragung verglichen und ermöglichen dabei auch die Analyse von Veränderungen im Zeitverlauf. Zudem werden Unterschiede zwischen den Bürgermeistern im Bundesländervergleich herausgearbeitet. Die Studie bietet einen fundierten und empirisch gestützten Einblick in die kommunale Politik aus Sicht der zentralen politischen Akteure vor Ort. (Janina Salden)

DIE 100 BESTEN COACHING-ÜBUNGEN

Von Martin Wehrle

10. Auflage 2017, 368 Seiten, kt., 49,90 Euro. ISBN 978-3-941965-05-8.
www.managerseminare.de/tb/tb-8020
managerSeminare Verlags GmbH
Endenicher Straße 41, 53115 Bonn
info@managerseminare.de
www.managerseminare.de

Um ein guter Coach zu werden, muss man coachen – sich selbst und andere, sagt Autor Martin Wehrle. Sein Buch „Die 100 besten Coaching-Übungen“ bietet demnach die Chance durch Übungen, Anregungen und praktische Tipps Coaching-Erfahrungen zu sammeln. Auch kommunale Führungskräfte können aus den zahlreichen Anregungen vieles für ihre Verwaltungspraxis mitnehmen. Etwa für die Kommunikation mit ihren Mitarbeitern und Vorgesetzten, um Ziele und Situationen zu klären oder sie überhaupt erst einmal besser zu strukturieren.

In Mehrles Arbeitsbuch ist da zum Beispiel die „Wunderfrage“, mit deren Hilfe es im Gespräch mit einem Kollegen gelingen kann, positive Ressourcen für die Lösung eines Problems zu aktivieren, das ihm zunächst als unlösbar erscheint. Oder man übt mit Hilfe der Methode „Positiver Start“ beim Gegenüber konstruktive Energie für die Bewältigung der vorliegenden Aufgaben freizusetzen.

Mit den Übungen ist es möglich, sein Repertoire an Interventionen systematisch auszubauen, zum Beispiel in Sachen Kommunikation, Werte oder Praxistransfer. Sie setzen sich aus zwei Elementen zusammen: Alltagsübungen (spielerisch) und Praxisübungen (anspruchsvoll). Das letzte Kapitel beinhaltet darüber hinaus herausfordernde Fall-Übungen, in denen die gewonnenen Fähigkeiten aus vorangegangenen Praxisübungen miteinander kombiniert werden können.

Zu den Übungsthemen werden je zwei Aufgaben angeboten – eine Übung für den Alltag und eine für die Praxis. Die Alltagsübungen sind so angelegt, dass man sie in natürlichen Situationen durchführen kann. Zum Beispiel in Gesprächen mit Freunden, Mitarbeitern oder Arbeitskollegen. Bei anderen Übungen wird man selbst zum eigenen Klienten und probiert das, was später an anderen angewendet werden soll, im Selbstversuch.

Kurzrubriken fassen zusammen, welche „Ziele“ sich mit einer Übung erreichen lassen und welche „Chancen“, aber auch „Risiken“ damit verbunden sind. Und jedes Mal gibt es einen „Praxis-Tipp“ - als Vorschlag, wie sich die Intervention noch besser umsetzen lässt.

Autor Martin Wehrle war Führungskraft in einem Konzern, ehe er als Karrierecoach begann. Heute berät er Mitarbeiter aller DAX-Konzerne und gehört zu den meistzitierten Coaching- und Karriereexperten in Deutschland. (Erik Sieb)

DAS NEUE VERGABERECHT

Hrsg. Lutz Horn

3. Auflage 2016. DIN A5 broschiert. 590 Seiten. 31,50 Euro zzgl. Versandkosten. ISBN 978-3-87941-970-8

vhw-Verlag. Hinter Hoben 149, 53129 Bonn, www.vhw.de

Das öffentliche Auftragswesen wird durch das Vergaberecht geregelt und hat damit in der Bundesrepublik Deutschland ein Auftragsvolumen von mehr als 300 Milliarden Euro. War es in früheren Zeiten eher ein Binnenrecht der Verwaltung, hat es sich in den letzten 15 Jahren zu einem eigenständigen, sehr komplexen und dynamischen Rechtsgebiet entwickelt. Dabei existiert eine markante Zweiteilung mit besonderen Regeln für Vergaben einerseits unterhalb und andererseits oberhalb bestimmter Wertgrenzen, der sogenannten Schwellenwerte.

Die Vergaberechtsmodernisierung 2016 ist das größte vergaberechtliche Gesetz- und Verordnungsgebungsverfahren seit mehr als 10 Jahren. Durch die Reform werden drei neue EU-Richtlinien über die Vergabe von öffentlichen Aufträgen und Konzessionen umgesetzt. Sie führt zu zahlreichen grundlegenden inhaltlichen und systematischen Neuerungen.

Den Texten ist eine fortgeschriebene ausführliche systematische Einführung mit Übersichten in das neue Recht von Rechtsanwalt Dr. Lutz Horn vorangestellt. (Bernd Düsterdiek)

DIE WEIMARER VERFASSUNG AUFBRUCH UND SCHEITERN – EINE VERFASSUNGSHISTORISCHE ANALYSE

Professor Dr. Dr. Udo Di Fabio

2018. Buch. 299 Seiten mit 9 Abbildungen. Hardcover (In Leinen). 19,95 Euro.

ISBN 978-3-406-72388-9

Verlag C. H. Beck, Wilhelmstraße 9, 80801 München, www.beck.de

Vor einem Jahrhundert, am 14. August 1919, wurde die Weimarer Reichsverfassung verkündet. Sie war das Ergebnis einer Revolution, die für die einen zu weit ging und für die anderen unvollendet blieb. Es war die erste republikanische Verfassung der Deutschen, von gewählten Vertretern des Volkes beschlossen und in Kraft gesetzt. Die Verfassung von Weimar war es aber auch, auf deren Grundlage der Reichspräsident am 30. Januar 1933 Hitler zum Reichskanzler ernannte, deren Erosion und Scheitern für den Zusammenbruch von Demokratie, Rechtsstaat und Zivilisation in der Mitte Europas steht.



Unsere Zeit, gerade in Deutschland, hat nichts mit den Bedingungen der Jahre zwischen 1919 und 1933, nichts mit Kriegstrauma, Reparationen, Hyperinflation und dem damaligen Klima von Gewalt und Hass zu tun. Dennoch werden Gedanken auf Weimar gelenkt, wenn in Europa Populismus, politische Instabilität, Angriffe auf den Rechtsstaat und autoritäre Tendenzen wiederkehren, die man längst überwunden glaubte.

Aus der Vergangenheit lernen

- Analysiert die Entwicklung der Weimarer Reichsverfassung und ihres Machtverteilungssystems im Zuge der politischen Auseinandersetzungen.
- Lässt Rückschlüsse zu, wie politischen Blockaden und einer erneuten Radikalisierung des politischen Prozesses künftig entgegengewirkt werden

kann.

- Schärft die Wahrnehmung von Deformationstendenzen im gegenwärtigen europäischen Rechtsraum (z. B. die Rechtsänderungen in Polen und in Ungarn).

Die Zielgruppe: Für Juristen, Historiker, Politologen, Sozialwissenschaftler und alle an verfassungsgeschichtlichen Themen Interessierten. (Bernd Düsterdiek)

SEKTVO KOMMENTAR

Hrsg. Malte Müller-Wrede u. a.

Vollständig überarbeitete Auflage 2018. 1233 Seiten. Hardcover. 159 Euro. ISBN: 978-3-8462-0554-9 2

Bundesanzeiger Verlag, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, vergabe@bundesanzeiger.de, www.bundesanzeiger-verlag.de

Der Kommentar erläutert die einzelnen Regelungen der SektVO und VergStatVO.

Insbesondere folgende Neuerungen

- Wettbewerblicher Dialog und Innovationspartnerschaft als neue Verfahrensarten,
- Änderungen bei der Bemessung von Teilnahme- und Angebotsfristen,
- Neuregelungen zur Vergabe von Unteraufträgen sowie
- neue Vergaben zur Kommunikation (eVergabe).

Aus dem Inhalt

- Der Kommentar erläutert die Vorschriften der SektVO und der neuen Vergabestatistikverordnung.
- Es werden die Voraussetzungen sowie der historische, systematische und europarechtliche Zusammenhang der einzelnen Vorschriften dargestellt und Hinweise zur Anwendung der Vorschriften in der Praxis gegeben.
- Inklusive der Kommentierung zur neuen Vergabestatistikverordnung
- Kommentierungen beinhalten ergänzend die jeweiligen Ordnungsbeurteilungen (BR-Drs. 87/16)
- Praxisrelevante Problemstellungen werden aufgegriffen und praxisgerechte Lösungswege aufgezeigt.
- Die aktuelle Rechtsprechung wird umfassend dargestellt und kritisch analysiert.

Vorteile

- Prägnante und praxisgerechte Darstellungen auf 1233 Seiten.
- Berücksichtigung der aktuellen Recht-

sprechung.

- Meinungsstarke Beiträge.
- Stets Antworten und Lösungshinweise auf die eigenen Fragen.
- Fundierte Inhalte mit über 5.000 Zitierungen von Spruchkörpern und weiterführender Literatur.
- Über 3.000 Stichworte und eine klare inhaltliche Struktur, welche eine gute Orientierung bieten.
- Kompakte, übersichtliche und praxisorientierte Kommentierung-
- Inklusive der Kommentierung zur neuen Vergabestatistikverordnung-
- Kommentierungen beinhalten ergänzend die jeweiligen Verordnungsbe-
gründungen (BR-Drs. 87/16)-
- Umfassende Darstellung praxisre-
levanter Problemstellungen und
praxisgerechter Lösungswege-
- Auf dem neuesten Stand der Regel-
werke und der Rechtsprechung.

Digitale Ausgabe des Kommentars
erhältlich, inkl. aller zitierten Normen
und Entscheidungen. (Norbert Portz)

VERGABE VON LIEFERUNGEN UND LEISTUNGEN VORSCHRIFTEN, ERLÄUTERUNGEN UND KOMMENTIERUNGEN

Herausgeberin: Dr. Irene Lausen

Juli 2018. Handbuch, DIN A5 Ringordner.
169 Euro. Artikel-Nr.: 1190/1/7860/1
ISBN/ISSN: 978-3-86586-728-5

Forum Verlag Herkert GmbH, Mandi-
chostraße 18, 86504 Merching
service@forum-verlag.com
www.forum-verlag.com

Auftraggeber wie Bewerber/Bieter haben
bei der Vergabe von Lieferungen und Lei-
stungen gemäß deutschem Vergaberecht
viele Vorschriften zu beachten, Fristen
zu wahren und Dokumentationspflich-
ten einzuhalten. Dieser Praxisratgeber
unterstützt Städte und Gemeinden ab
der Vorbereitung einer Ausschreibung
bis zum Vertragsabschluss mit dem wirt-
schaftlichsten Bieter. Damit ist deutlich,
auf was z. B. bei der Prüfung und Wertung
der Angebote zu achten ist und welche
Verfahrensschritte dokumentiert werden
müssen. Bewerber/Bieter erhalten wert-
volle Tipps für ihre Bieterstrategie sowie
praxisorientierte Hinweise zum Rechts-
schutz. Bei Versäumnissen und Fehlern
in den Ausschreibungsunterlagen drohen
nicht nur der Ausschluss vom Verfahren,
sondern auch hohe Bußgelder. Mit die-
sem Ratgeber kann der Arbeitsalltag er-
heblich erleichtert werden.

Aus dem Inhalt

Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkun-
gen (GWB)

- Aufbau und Inhalt
- Vergabeverfahren – Grundsätze, Defi-
nitionen
- Vergabe von öffentlichen Aufträgen
durch öffentliche Auftraggeber
- Vergabe von öffentlichen Aufträgen
in besonderen Bereichen und von Kon-
zessionen

Vergaben von Lieferungen und Dienst-
leistungen nach VgV und VOL/A

- Die Vergabeverordnung (VgV)
- Vergabe des Auftrags nach der VOL/A
- Die Unterschwellenvergabeordnung
(UVgO)
- Vergabe eines Liefer- und Dienstlei-
stungsauftrags



Sektorenverordnung (SektVO), Vergabe-
verordnung Verteidigung und Sicherheit
(VSVgV), Konzessionsvergabe-
verordnung (KonzVgV) und Vergabestatistik-
verordnung (VergStatVO)

Abwicklung des Vertrags nach VOL/B

Spezialfragen

- Besondere Themen im Zusammen-
hang mit Ausschreibung und Vergabe

Rechtsprechung, Gesetze und Verord-
nungen

- Bundesgesetze: GWB
- Bundesverordnungen: VgV,
- Verwaltungsvorschriften: UVgO

(Norbert Portz)

BAURECHT FÜR DEN FREISTAAT SACHSEN ERGÄNZBARE SAMMLUNG DES BUNDES- UND LANDESRECHTS MIT ERGÄNZENDEN VORSCHRIFTEN, MUSTERN UND ANLEITUNGEN FÜR DIE PRAXIS SOWIE EINER RECHT- SPRECHUNGSÜBERSICHT

Herausgegeben von Ministerialdirektor
Dr. Peter Runkel, unter Mitarbeit von
Ministerialrätin Gabriele Bothe und
unter Mitwirkung mit Dr. Günter Gaent-
zsch, Vorsitzender Richter am Bundes-
verwaltungsgericht a. D.

Mai 2018. 4 464 Seiten. Loseblattwerk.
108 Euro. ISBN 978-3-503-03261-7

Erich Schmidt Verlag GmbH & Co. KG,
Genthiner Straße 30G, 10785 Berlin
esv@esvmedien.de; www.esv.info

Das öffentliche Baurecht in Deutschland
ist hoch komplex und weit verstreut. Die
Summe der Rechts- und Verwaltungsvor-
schriften macht es in der täglichen Praxis
nicht leicht, sich zurechtzufinden und si-
cher zu entscheiden. Hier helfen die von
Dr. Peter Runkel herausgegebenen und
bestens eingeführten Sammlungen des
baurechtsrelevanten Bundes- und jewei-
ligen Landesrechts.

Die Ergänzungslieferung 2/18 enthält fol-
gende Ergänzungen:

Sie aktualisiert das folgende Bundesrecht
zum Stand 01. September 2018:

- Baugesetzbuch (BauGB)
- Baunutzungsverordnung (BauNVO)
- Gesetz über die Umweltverträglich-
keitsprüfung (UVPG)
- Umweltinformationsgesetz (UIG)
- Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG),
- Bundes-Bodenschutzgesetz (BBod-
SchG),
- Bundes-Bodenschutz- und Altlasten-
verordnung (BBodSchV);
- Verordnung über das Genehmigungs-
verfahren (9. BImSchV),
- Arbeitsstättenverordnung (ArbStättV).

(Norbert Portz)

KOMMUNALES VERFASSUNGSRECHT NRW DIE STUDIENINSTITUTE FÜR KOM- MUNALE VERWALTUNG IN NRW

Anika Ehlers, Stefan Glock, Welf Sun-
dermann

Broschur. 200 Seiten. 26,90 Euro. ISBN
978-3-7869-1142-5

Maximilian Verlag GmbH & Co. KG,
Stadthausbrücke 4, 20355 Hamburg
www.koehler-books.de

Das anwendungsorientierte Lehr- und Praxisbuch „Kommunales Verfassungsrecht NRW“ vermittelt die Grundlagen des Kommunalen Verfassungsrechts mit verständlichen Erläuterungen, anschaulichen Schaubildern und praxisnahen Beispielen. Übersichtlich strukturiert behandelt es alle Themen des Kommunalen Verfassungsrechts, die die Lehr- und Stoffverteilungspläne der nordrhein-westfälischen Studieninstitute vorsehen. Auch strittige Themen/ Fragestellungen werden kurz angerissen und thematisiert. Durch zahlreiche Übungsfälle mit Lösungen im Gutachtenstil und Expertenfragen kann der Lesende das Gelernte überprüfen und festigen. Dadurch ist das Lehrbuch die ideale Klausur- und Prüfungsvorbereitung. Das Buch wendet sich in erster Linie an Lehrgangsteilnehmende an Studieninstituten in Nordrhein-Westfalen. Daneben eignet es sich auch für Praktiker, die ihre theoretischen Kenntnisse auffrischen wollen oder auch für alle, die Interesse am Kommunalrecht haben. (Bernd Düsterdiek)

KOMMUNALES ABGABENRECHT NRW DIE STUDIENINSTITUTE FÜR KOM- MUNALE VERWALTUNG IN NRW

Andreas Wagener

Broschur. 120 Seiten. 19,90 Euro. ISBN
978-3-7869-1062-6

Maximilian Verlag GmbH & Co. KG,
Stadthausbrücke 4, 20355 Hamburg
www.koehler-books.de

Das Buch „Kommunales Abgabenrecht Nordrhein-Westfalen“ veranschaulicht die verschiedenen kommunalen Abgabearbeiten sowie sonstige gemeindliche Einnahmen. Neben den verfassungsrechtlichen Grundlagen und dem Abgabenverwaltungsrecht werden kommunale Steuern und Entgelte erläutert. Die Darstellungen zum Finanzausgleich und den Finanzbeziehungen zwischen dem Bund, den Ländern und den Gemeinden ergänzt den abgabenrechtlichen Teil um weitere, wichtige Einnahmequellen.

Übersichtlich strukturiert wird auf die zentralen Themen des Kommunalen Abgabenrechts Nordrhein-Westfalens eingegangen. Es wird erläutert, wie staatliche und gemeindliche Aufgaben finanziert werden und welche Einnahmearten den Gemeinden zur Verfügung stehen. Es be-

inhaltet den verfahrensrechtlichen Teil des Abgabenrechts. Spezielle Entgelte, also Gebühren und Beiträge, werden ausführlich dargestellt und mit Fallbeispielen veranschaulicht. Neben der rechtlichen Einordnung und der finanzwirtschaftlichen Bedeutung der speziellen Entgelte wird auch der Bezug zwischen der Gebührenkalkulation und der Kosten- und Leistungsrechnung hergestellt. Die Berechnungen der Grund- und Gewerbesteuern werden anhand von Beispielen erläutert und die jeweilige Bedeutung für die kommunalen Haushalte aufgezeigt.



Es wird der kommunale Finanzausgleich umfassend erläutert. Die gemeindlichen Finanzausweisungen nach dem Gemeindefinanzierungsgesetz werden umfangreich dargestellt, ebenso die Umlagen der Kreise und Landschaftsverbände. Das Buch schließt mit Erläuterungen zur gemeindlichen Beteiligung an der Einkommen- und Umsatzsteuer sowie der Gewerbesteuerumlage ab.

Das Buch orientiert sich am Lehr- und Stoffverteilungsplan der kommunalen Studieninstitute in Nordrhein-Westfalen und richtet sich hauptsächlich an Teilnehmende an Verwaltungslehrgängen in den Studieninstituten in Nordrhein-Westfalen. Es ist aber ebenso für interessierte Praktiker/-innen in der öffentlichen Verwaltung oder Studierende an Fachhochschulen für öffentliche Verwaltung geeignet, um sich einen Überblick über die kommunale „Finanzlandschaft“ zu verschaffen.

(Bernd Düsterdiek)

FRANKFURTER KOMMENTAR SGB VIII KINDER- UND JUGENDHILFE

Herausgeber:
Münder/Meysen/Trenczek

8. Auflage 2018. 1197 Seiten. 69 Euro. ISBN
978-3-8487-2232-7

Nomos Verlagsgesellschaft, Postfach
100310, 76520 Baden-Baden
www.nomos.de

Der Frankfurter Kommentar lässt als Kommentar für die Praxis der Kinder- und Jugendhilfe keine Fragen offen. Er spielt seine Stärken gerade an den Schnittstellen zum jugend- und familiengerichtlichen Verfahren wie zu den anderen Sozialleistungssystemen aus.

Die 8. überarbeitete Auflage legt die Schwerpunkte insbesondere auf folgende Themen:

- Neue Grundlagen der Einrichtungsaufsicht (Definition Einrichtungsbegriff, Nachweis- und Meldepflichten, örtliche Prüfung)
- Auswirkungen des Bundesteilhabegesetzes (Integrationshilfe; Assistenzleistungen; etc.)
- Qualitätssicherung und Verfahren bei Auslandsmaßnahmen
- Änderungen im Datenschutz (Auswirkungen der europäischen Datenschutz-Verordnung des neuen BDSG)
- Rechtsfragen im Zusammenhang mit Leistungen für (Pflege-)Kinder mit Behinderung
- Ombudschaften und eigenständige Beratung von Kindern und Jugendlichen
- Neusortierung des Finanzierungsrechts.

Alle weiteren gesetzlichen Neuregelungen, z. B. bezüglich minderjähriger unbegleiteter Flüchtlinge sind ebenfalls durchgängig und fundiert kommentiert.

Ein ausgewiesener Schwerpunkt liegt auf den Zuständigkeitsfragen (Stichwort Wanderakten) und den Neuregelungen durch das BTHG, das Gute-Kita-Gesetz sowie bei minderjährigen unbegleiteten Flüchtlingen. Die neueste Rechtsprechung zur sachlichen Zuständigkeit, Kostenbeteiligung, Tagesbetreuung und den Rechtsfolgen bei der Verletzung fachlicher Standards sind berücksichtigt. Die Rechtsprechung wurde bis zum Stand 15.05.2018 berücksichtigt.

(Ursula Krickl)

► JANUAR
**INNOVATORS
CLUB**
**23.01. Innovators Lounge
"Facetten des Wandels" Leipzig**

Der demografische Wandel wird die Kommunen in Deutschland zunehmend verändern. Allerdings wird sich diese Veränderung in unterschiedlichen Facetten vollziehen. Während der verstärkte Zuzug vom Land in die Stadt die Ballungsräume zunächst noch wachsen lässt, sehen sich die peripheren Gebiete bereits jetzt mit dem Trend einer schrumpfenden und alternden Bevölkerung konfrontiert. Eine Studie der KfW betitelt dieses Phänomen als „Regionale Ausprägungen des demografischen Wandels - So facettenreich wie die Kommune selber“. **Agenda zum Download.**

**30.01. Projekte mit der richtigen
Internetstrategie aufbauen Düsseldorf**

Eine Website und ein bisschen Social Media – schon wird das Projekt zum Selbstläufer? „Keineswegs“, sagt Dozent Moritz »mo.« Sauer. Vielmehr müsse die Verbreitung von Informationen auch in der digitalen Welt strategisch geplant sein. Am 30. Januar 2019 erklärt er in Düsseldorf, wie Internetstrategien entwickelt und damit maximale Aufmerksamkeit erzielt werden können.

**30.01. SK:KK lädt zum BarCamp
kommunaler Klimaschutz ein Berlin**

Unter dem Motto „Viele Köpfe, zwei Tage, ein Ziel“ veranstaltet das Service- und Kompetenzzentrum: Kommunaler Klimaschutz (SK:KK) des Difu das BarCamp kommunaler Klimaschutz am 30. und 31. Januar 2019 in der Kalkscheune, Berlin. Die Veranstaltung richtet sich an KlimaschutzmanagerInnen und kommunale VertreterInnen und hat das Ziel, gemeinsam Ideen und Strategien für eine klimafreundliche Zukunft in Städten und Gemeinden zu entwickeln.

► FEBRUAR
06.02. Herausforderungen für die deutschen öffentlichen Banken und Kommunen am Vorabend der Europawahl Brüssel

Vor dem Hintergrund der bevorstehenden neuen Legislaturperiode des Europäischen Parlaments und der Neubesetzung der EU-Kommission ist eine Beschäftigung mit der Position der deutschen Sparkassen und ihrer Träger ein aktuelles Gebot. Bei der Podiumsdiskussion der Konrad-Adenauer-Stiftung, des Deutschen Städtetages, des Deutschen Landkreistages, des Deutschen Städte- und Gemeindebunds und des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes wird diese Frage umfassend diskutiert.

**14.02. Kongress STADTLANDBIO:
Mehr Bio, mehr Region, mehr Zukunft Nürnberg**

Die Ballungsräume in Deutschland sind entscheidende Absatzmärkte für die regionale Land- und Ernährungswirtschaft. Das bürgerschaftliche Engagement, z. B. durch Ernährungsräte, Solidarische Landwirtschaft, nimmt gerade in den Städten enorm zu. Diese erkennen immer mehr, dass es Ihre Aufgabe ist, gemeinsam mit den Verantwortlichen in den ländlichen Räumen und regional ausgerichteten Unternehmen, die regionale Wertschöpfung und Vernetzung zu befördern. So kann die Versorgung mit hochwertigen Bio-Lebensmitteln sichergestellt und Ernährungssouveränität zurück gewonnen werden.



WIR BESIEGEN BLUTKREBS

WILLST DU EIN HELD SEIN?

Echte Helden tragen keinen Umhang – sie retten Leben!
Registrier' Dich jetzt als Stammzellspender, denn noch immer findet
jeder 10. Blutkrebspatient in Deutschland keinen geeigneten Spender.
Mund auf. Stäbchen rein. Spender sein.

Registrier' Dich jetzt auf dkms.de





SCHLÜSSEL- ERLEBNISSE, VON UNS GERETTET.

Orte unserer Vergangenheit
zu erhalten bedeutet, die
Schlüsselerlebnisse unserer
Geschichte auch in Zukunft
hautnah erleben zu können.

Mehr dazu unter:
www.dieganzegeschichte.de

**Wir erhalten Einzigartiges.
Mit Ihrer Hilfe!**

Spendenkonto
IBAN: DE71 500 400 500 400 500 400
BIC: COBA DE FF XXX, Commerzbank AG
www.denkmalschutz.de



**DEUTSCHE STIFTUNG
DENKMALSCHUTZ**

Wir bauen auf Kultur.